

Courier

Zentral-Organ

für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco DMK.
 Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16. Engel-Platz 21.
 ———— Telephon: Amt IV, 950. ————
 Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 3—7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
 am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
 Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
 Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 22.

Berlin, den 25. Oktober 1903.

7. Jahrg.

Wie wir wohnen.

II.

Die im ersten Artikel gegebene allgemeine Uebersicht läßt nicht erkennen, wie die Wohnungsverhältnisse unserer Kollegen erst gar im Einzelnen liegen. Dabey ergeben sich recht grauenhafte Zustände. Der Bericht, den wir in diesem seinem erschlitternsten Teil wöclich anführen wollen, sagt uns hierüber:

Unsere Kontrolleure trafen verschiedentlich Kranke in derartig niedrigen Räumen an, daß wir die betreffenden Herren Klassenärzte ersuchen mußten, die Patienten zur Krankenhausbehandlung zu überweisen; so wurde in der Simeonstraße ein Patient in einem Loch getroffen, das 1,40 Meter hoch ist und 7,15 Kubikmeter Luftraum hat. Ein lungenkranker 57-jähriger Mann bewohnte in der Parochialstraße einen 1,80 Meter hohen Raum, der ganz dunkel und in einem derartigen Zustande ist, daß wir dem königlichen Polizeipräsidenten davon Mitteilung machten. Besonders schlechte, schmale, dunkle Aufgänge wurden in der Füllier-, August- und Parochialstraße vorgefunden.

In der Füllierstraße bewohnt eine blutarme, beinahe erblindete Frau von 31 Jahren mit ihrem Mann und 2 Kindern eine schmutzige Stube, von deren Wänden die Tapeten in Fetzen hängen; die Einrichtung besteht aus 1 Bett, 1 Tisch und 1 Spind mit einer halben Thür.

In der Mulaackstraße haust ein 26-jähriger lungenkranker Mann in allen schmutzigen Räumen, die Wände sind voll Löcher, Ungeziefer, Fenster 1 Meter hoch, Aufgänge schmal und finstern.

In der Petristraße wurde ein Patient in einer Wohnung gefunden, die voll Ungeziefer ist und deren Dielen schwanzen, der Aufgang ist direkt lebensgefährlich und ca. 50 Zentimeter breit.

Bislang stehen die Kontrolleure auf sehr schlechte, schmale und steile Aufgänge, besonders finden sich dieselben in den alten Straßen, wie Stralauer-, Amien-, Alexandrinen-, Neue Friedrichstraße, Großer Zudenhof. In denselben Häusern finden sich dann meist auch schlechte finstere Klosetts.

Für 4 Häuser mit ca. 120—130 Mieter dient ein Hofgebäude mit 20 Klosetts, welche durch Oberlicht erhellt werden, der dort herrschende Gestank ist nicht zu schildern. Aus der Weidingerstraße hören wir schmutzige, finstere Aufgänge, Familie wohnt in einer dumpfigen, ungesunden Stube. Der Hof riecht nach den dort befindlichen 5 Klosetts.

Fortgesetzt wird die Beobachtung gemacht, daß die Wohnungen in den älteren Stadtteilen häufig auch nicht den geringsten Anforderungen an Licht, Sauberkeit etc. entsprechen.

So wohnt ein blutarmes 17-jähriges Mädchen in der Stralauerstraße in einer Mietskammer, von welcher berichtet wird: „sehr schmutzig, von den Hauswänden ist der Putz abgebröckelt, schmale finstere Aufgänge, für 2 Seitenflügel und 2 Quergebäude nur 2 Klosetts ohne Fenster; Dielen sind am Durchbrechen, graufige Verhältnisse.“

Ein an Rheuma erkrankter Mann wohnt in der Wusterhausenerstraße in einem Raume, von welchem wir hören: „Ungesund Raum, gleich einem Pferdestall, es stehen darin 3 Betten, 1 Küchen- und 1 Kleiderkammer und 1 Petroleumofen. Platz zum Sitzen fehlt.“

Von einem Patienten, welcher in der Wallstraße wohnt, wird gesagt: „Sehr ungesunde Wohnung ohne Luft und Sonne, finstere schmale Aufgänge, Kloset ohne Fenster.“

In der Keienburgerstraße bewohnt eine an Kehlkopfentzündung erkrankte Patientin ein Entresol von 1,75 Meter Höhe und kleinem Fenster, welches

auf dem Hausflur mündet, Aufgang auf einer sehr steilen Treppe von ca. 50 Zentimeter Breite.

In der Dresdenerstraße liegt eine Frau an Geschlechtskrankheiten, deren Wohnung eigentlich nur Bodenraum ist, die Küche, in welcher die Frau schläft, ist dunkel. Das Licht fällt durch eine 40 cm lange und 30 cm breite Dachluke.

Von einem andern an Rheuma Erkrankten hören wir: „Wohnung unter Dach, nicht zu heizen, im Sommer unerträgliche Hitze.“

In der Weberstraße fanden wir einen lungenkranken Patienten in einer Dachwohnung, in welcher Schwaben, Wanzen und Mäuse haufen und die Wände schwarz vor Schmutz sind. 5 Mieter sind auf einem Korridor und für ca. 45 Mieter befinden sich auf dem Hofe 3 Klosetts.

Von einem jungen Manne, der bettlägerig ist, hören wir, daß die Familie nur Strohsäcke und sehr düstige Bettdecken habe.

In einem Falle fanden wir für 8 Personen 3 Betten und 1 Sopha vor, ein anderer an Bronchialkatarrh leidender Patient hat für sich mit Frau und Kind 1 Bett zur Verfügung.

Eine 26-jährige Lungenkranke, deren Mann vor wenigen Wochen dem gleichen Leiden erlegen ist, schläft mit einem 8-jährigen Mädchen in einem Bett, während das einige Monate alte Kind auf einem Stück Bett auf dem Fußboden lagert. Das ganze Mobiliar besteht aus einer eisernen Bettstelle, einem Stuhl und einem Schmel.

Wegen Verletzung des linken Beines ist ein Mann arbeitsunfähig, der mit 6 Personen Stube und Küche bewohnt; in einem Bett liegt das Ehepaar, in einem zweiten 3 jüngere Kinder und im dritten in der Küche die zwei ältesten Töchter.

Von einem Lungenkranken wird berichtet: „Der Schlafraum, in welchem noch Schuhmacherei betrieben wird, ist durch Regale vom Geschäftsteller abgetrennt; die 2 darin befindlichen Betten werden mit 3 Personen belegt.“

Eine lungenkranke Frau schläft mit 2 Erwachsenen und 4 Kindern in einer 29,75 Kubikmeter großen Stube.

Ein anderer Lungenkranker bewohnt mit noch 9 Personen eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung, welche so feucht ist, daß die Tapeten nicht an den Wänden halten.

Von einem Patienten wird uns berichtet: „Patient hat nur einen dunklen Gang als Wohnung, in welchem kein Fenster ist; der Bodenbelag besteht aus Steinen, Bett ist nicht vorhanden, ein altes Sopha dient als Lagerstätte, es scheint, daß der Kranke Tag und Nacht in den Kleidern bleibt.“

Ein 15-jähriges blutarmes Mädchen liegt in einem Raum, ohne Fenster, Licht kommt durch die Küchentür, Ofen ist nicht vorhanden.

Eine an Bronchitis leidende Frau, welche mit einem Kinde ihr Bett teilt, bewohnt derart feuchte Räume, daß alle 14 Tage der Schimmel von den Wänden gerieben werden muß.

Eine wegen Rheuma arbeitsunfähige Frau haust in einer 1,75 Meter unter dem Strabenniveau liegenden Wohnung, welche der Kontrolleure ausdrücklich als böhle bezeichnet.

Ein Mitglied, welches Gelenkrheuma hat, bewohnt einen feuchten Raum, der gleichzeitig als Lagerkeller für Produzenten benutzt wird und dessen Fußboden mit Ziegelsteinen belegt ist.

Ein Herzleidender bewohnt einen sehr feuchten Raum, dessen Lüfte unbeschützt und mit allen Lumpen benagelt nur an einem Haken hängt; in den Dielen sind 6—8 cm. große Löcher mit einem Läufer bedeckt. Der Fußboden wankt hin und her beim Gehen, sodas die Familie bedroht ist, nach dem Keller durchzudringen.

Es bricht einem fast das Herz, ob soviel graufigen Glends.

Die Regierung bereitet ein Reichswohnungs-gesetz vor. So gut vielleicht die Absicht ist, der ärmeren Bevölkerung auf diese Weise bessere Wohnungsverhältnisse zu sichern, so wenig wird sie erreicht werden, solange Grund und Boden ein Spekulationsobjekt des privaten Bürgers bilden. Die Haus-agrarier verstehen sich genau so auf ihren pekuniären Vorteil, wie die preußischen Feudal Junker.

Nur ein Mittel gibt es zur radikalen Abhilfe und das ist die wirtschaftliche Hebung der Lage der arbeitenden Klasse. Dazu beizutragen ist jedes denkende Menschen Pflicht. Dieses Ziel kann in erster Linie durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation erreicht werden. Also wer das Wohnungselend beseitigen helfen will, der verlassse sich nicht auf die Gesetzgebung, sondern Sorge dafür, daß in der Arbeiterklasse die Erkenntnis vom Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr Platz greift. Nur dann können wir in absehbarer Zeit dem ersehnten Ziele immer näher.

Unternehmergewinn im Handelsgewerbe.

Der „Deutsche Oekonomist“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der Vantengewinne für das Jahr 1902, die auch für die im Handelsgewerbe beschäftigten Arbeiter vergleichbar von großem Interesse sein dürfte.

Die Zahl der Aktienbanken hat danach im genannten Jahre gegen das Vorjahr sich von 171 auf 167 vermindert. Es sind sechs Banken eingegangen und zwei neue entstanden. Von den sechs eingegangenen Banken hat jedoch nur eine, nämlich die Dortmunder Bank, liquidiert, die übrigen — die Süddeutsche, die Rheinische, die Wärmener, die Rheinhausener und die Düsseldorf — sind von den Großbanken betänlich aufgenommen worden. Diese Banken verfügten über ein Aktienkapital von 85 875 000 Mk., das den Großbanken zufloß.

Die Entwicklung des Bankwesens seit 1883 wird durch folgende Zahlen illustriert. Die Zahl der Banken war:

	1883	1902
Notenbanken	18	6
Hypothekendarlehen	24	80
Handelsbanken	71	122
Insgesamt:	113	167

Es hat also nur die Zahl der Notenbanken sich vermindert, was auf die geänderte Gesetzgebung und Finanzpraxis der Staaten zurückzuführen ist, dagegen hat sich im Laufe dieser zwanzig Jahre die Zahl der Banken bedeutend vermehrt. Nun ist aber zu bemerken, daß in dieser Zeit der Kreditverkehr eine ganz enorme Erweiterung erfahren hat und daß das Kapital, über welches die Banken verfügen, in ganz anderer Weise noch gestiegen ist. 1883 war das Aktienkapital 124,7 Millionen Mark, die Reserve 174,4 Millionen; es verfügten also die 113 Banken über 142,1 Millionen eigenes Kapital. 1902 dagegen verfügten 167 Banken über ein Aktienkapital von 283,7 Millionen und eine Reserve von 707,7 Millionen, also insgesamt 354,2 Millionen. Ebenso wächst von Jahr zu Jahr das fremde Kapital — Deposits, Wechsel, Noten; 1894 waren es insgesamt 9169 Millionen, 1902 — 14 637 Millionen. Es ist also tatsächlich eine gewaltige Konzentration eingetreten, der Wirkungsbereich der einzelnen Bank bedeutend größer, die Zahl der Banken im Verhältnis zu den Kreditumfängen und dem Bankkapital geringer geworden. Besonders scharf tritt aber diese Konzentration zu Tage, wenn man die Handelsbanken allein in Betracht zieht, diejenige also, die in erster Linie das Kreditgeschäft im Gewerksleben zu befriedigen haben. Diese 71 Banken verfügten im Jahre 1883 über eigenes und fremdes Kapital in der Höhe von rund 1962 Millionen, die 122 Banken des Jahres 1902 über ein solches von 7085 Millionen.

Mit der Kapitalkonzentration geht dann Hand in Hand das immer größere Uebergewicht der Berliner Großbanken. Diese Entwicklung macht sich besonders im letzten Jahrzehnt scharf bemerkbar, wie folgende Zu-

fammenstellung zeigt. Von dem Gesamtkapital, über das die Handelsbanken verfügen, entfallen auf die:

im Jahre	Berliner Banken	alle übrigen
1890	1607 Mill. Mt.	1543 Mill. Mt.
1895	2320 "	1643 "
1898	3304 "	2309 "
1900	3821 "	3187 "
1902	4044 "	3042 "

Die 15 Berliner Großbanken verfügen also über ein größeres Kapital als die übrigen 107 Banken. In Wirklichkeit ist aber das Uebergewicht dieser 15 Großbanken noch viel bedeutender: Sie sind im Besitze einer großen Anzahl von Aktien der Provinzialbanken und haben oft in vielen Fällen die Entscheidung über das Geschäftsverfahren dieser Banken in der Hand.

Diese Konzentration ist eine durchaus natürliche Erscheinung; sie hat sich in England, wo die Londoner Banken durchaus das Geschäft in der Hand haben und die Provinzialbanken nur noch Filialen, Geschäftsführer der Metropolitanbanken sind, längst vollzogen. Die kapitalistische Entwicklung bedingt die Entfaltung des Kreditwesens, und die Besetzung des Kapitalismus kommen in alexandrierischer Form im Bankbetriebe, der das Kreditgeschäft besorgt, in ganz besonderer scharfer Weise zum Ausdruck. Diese Konzentration auf dem Gebiete der Verwaltung des Geldkapitals ist von ganz besonderer Bedeutung, weil eben die Banken schließlich zu den eigentlichen Beherrschern des gesamten kapitalistischen Betriebes werden. Ueber die Gewinne, die die deutschen Banken einheimischen, macht das genannte Blatt folgende Angaben (in Millionen Mark):

im Jahre	Gesamtgewinn	zur Ausschüttung als Dividende
1883	145,71	84,05
1884	142,96	85,37
1885	140,00	80,77
1886	137,93	79,18
1887	143,52	82,02
1888	174,45	93,22
1889	215,82	120,10
1890	228,49	122,95
1891	195,34	105,22
1892	189,97	102,29
1893	199,51	103,56
1894	199,00	118,55
1895	240,03	130,88
1896	262,81	145,37
1897	286,79	155,70
1898	340,54	185,91
1899	404,37	215,63
1900	417,81	206,36
1901	479,99	168,99
1902	385,21	178,47

Die durchschnittliche Dividende pro Hundert schwankte zwischen 6,02 Prozent im Jahre 1901 und 8,21 Prozent im Jahre 1899. Es sind, wie man sieht, die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs, die den Banken Riesengewinne brachten; seit 1895 ist der Gewinn bis 1901 in schnellen Sprüngen gewachsen, um die Höhe von nahezu einer halben Milliarde zu erreichen. Die Jahre der Krise 1900 und 1901 sind mit den höchsten Gewinnsummen versehen, aber es mußten auch in diesen Jahren die größten Abschreibungen gemacht werden, weil eben die gebuchten Werte zum Teil fiktiv waren, Schwindelwerte! Es ist ungenügend charakteristisch, daß in der Zeit von 1883 bis 1894 die „Abschreibungen“, die die Banken insgesamt machen mußten, sich in beschriebenen Grenzen bewegten — zwischen 5,89 Millionen im Jahre 1883 und 12,14 Millionen im Jahre 1899. Dagegen mußten, als der Kassenhammer nach den Spekulationsorgien des letzten Aufschwungs eintrat, im Jahre 1900 71,79 Millionen und im Jahre 1901 70,09 Millionen Mark „abgeschrieben“ werden. Die gewaltigen Schwankungen des Aufstieges und des Niederganges kommen hierdurch scharf zum Ausdruck.

Wir bitten unsere Kollegen, ihre Löhne mit diesen Gewinnen zu vergleichen.

„Ein Jahresbericht“.

Der Verein Berliner Hausdiener hat seinen 20. Jahresbericht herausgegeben. Aus ihm geht hervor, daß man im Laufe der 20 Jahre doch schon verhältnismäßig viel von unserem Verbands- und unserer Taktik gelernt hat. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß dieser Verein, der 4000 Berufscollegen umfaßt, die alten Schläfen schon ganz abgestreift und aus einem Befürworter der Harmonie zwischen Prinzipal und Hausdiener eine zielbewusste Klassenkampforganisation geworden wäre. Dazu fehlt noch sehr, sehr viel.

Immerhin beschäftigt sich auch dieser Verein heute schon, gezwungen und getrieben durch die ökonomischen Verhältnisse, mit dem 8 Uhr-Labenschluß und der Sonntagstruhe, Dinge, über die bis vor wenigen Jahren im Verein zu sprechen noch streng verpönt war. Außer einem Teile der Ziele hat der Verein unserem Verbands auch seine letzte Agitationsweise — und sicherlich nicht zu seinem Schaden — abgelehnt. Der Verein macht heute in dieser Beziehung ziemlich alles nach, was die Verbandsleiter in dieser Richtung ausüben.

Eine Tabelle des Berichts, welche die Dauer der Mitgliedschaft der Berufscollegen im Verein darstellt, besetzt uns, daß auch dort die Fluktuation, der beständige Wechsel, recht groß ist. Mehr als die Hälfte aller Mitglieder sind dem Verein erst in den letzten Jahren beigetreten, von 4000 1600 gar erst im letzten Jahre, während rund 500 Mitglieder im gleichen Jahre wieder ausgeschieden sind. Immerhin zeigt es von einer großen und unermüdbaren Agitationsfähigkeit der Vereinsmitglieder, daß sie ihrem Verein im letzten Jahre 1890 neue Kollegen zugeführt haben. So manche unserer Verbandscollegen können sich an dieser Tätigkeit ein Beispiel nehmen, sie sollten bedenken, daß es sehr blamabel ist, wenn sie sich in der Tätigkeit für den Verband von anderen, nicht überzeugenden Klassenkämpfern beschämen lassen müssen.

Die Resultate der Stellenvermittlung des Vereins bezeichnen der Bericht „als äußerst günstig“. Das ist eine Vor Spiegelung falscher Tatsachen. Die Stellenvermittlung hat sich vielmehr äußerst ungünstig entwickelt. Wurden doch im ganzen nur 1400 Stellen im Bureau selbst und 199 von Kollegen im Vereinsbureau gemeldet. Das sind insgesamt 1609 Stellen. Nun haben allerdings die Arbeitsvermittler des Vereins das unübersehbare Kunststück fertig gebracht, diese gemeldeten Stellen im Bureau selbst zu vermehren. Denn nach demselben Bericht wurden für fast beinahe 1000 Stellen, zur Auswahl 277 und von Purseschen 30 Stellen. Es blieben aber noch immer 896 Stellen übrig, die wegen zu niedrigen Lohnes nicht besetzt werden konnten. Das sind aber insgesamt 2302 Stellen. Da nun nach Adam Riese 2302 — 1689 = 613 ist, so sind augenscheinlich die wirklich gemeldeten 1689 Stellen durch die Zauberkunst der Stellenvermittler im Arbeitsnachweis des Vereins Berliner Hausdiener um 613 vermehrt worden. Wir gestehen, daß wir ob dieser Leistung der Arbeitsvermittler des Vereins einfach daß sind. Wir würden Leuten mit solchen eminenten Fähigkeiten gerne statt 180 Mt. Monatsgehalt, wie dies der Verein gibt, 200 Mt. geben. Da gegenwärtig für unsere Berliner Verwaltungsstellen eine tüchtige Person gesucht wird, raten wir unseren Kollegen dringlich, sich eine dieser außerordentlichen Kräfte des Vereins, wenn dies auch mit noch so großen Kosten verbunden sein sollte, zu sichern.

Ober sollten etwa nicht soviel Stellen, wie der Bericht angibt, seitens des Vereins besetzt worden sein? Fast möchten wir eher an diese Möglichkeit glauben. Dann hätten aber die Berichtsteller die Unwahrheit gesagt und nach alter Berliner Sitte mächtig aufgeschritten.

Oder sollte gar ein böser Druckschler passiert sein? Letzteres ist kaum glaublich, da die Zahlen eines solchen Berichts vor dem endgültigen Druck vom Vorstande des Vereins selbstverständlich genau geprüft worden sind. Indes, sei dem wie es wolle, fest steht die Tatsache, daß von den 1718 Stellen suchenden im günstigsten Falle nur 1876 auch wirklich Stellen erhalten haben, ja daß

überhaupt mehr Stellen suchende vorhanden waren, als Stellen insgesamt gemeldet wurden. Ein solches Ergebnis aber als „äußerst günstig“ zu bezeichnen, dazu gehört schon ein ganz besonderer Mut.

Unser Verband hat allerdings mit seiner Arbeitsvermittlung andere Ergebnisse aufzuweisen, die mindelstens um 50 pSt., wenn nicht mehr, wirklich günstiger sind. Wir werden nicht verfehlen, auf Verlangen die entsprechenden authentisch festgestellten Zahlen mitzuteilen.

Schon finden wir es ferner auch gerade nicht, daß die Vereinsleitung mit Verbandserrungenschaften hauffieren geht. Da heißt es beispielsweise im Bericht: „Die Firma S. Ties bewilligte nach mehrmaligem Verhandeln mit der Geschäftsleitung den Hausdienern, welche bereits ein Jahr im Betriebe tätig sind, einen achtstägigen Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts.“

Leider hat man dabei wohl nicht ganz unabsichtlich vergessen zu sagen, daß die unterhandelt haben, der Bevollmächtigte des Zentralverbandes und die aus dessen Mitgliedern bestehende Kommission waren, die die Folge folgebesseren lediglich auf Verbandskonto zu schreiben sind.

Bezüglich der Delegierten-Wahl zur Ortsklasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker befragt der Bericht: „Unserem Gegner, dem Zentralverband der Handelskassensarbeiter, gelang es, durch recht sonderbare Manipulationen eine angelegliche Mehrheit zu erringen, es wurde von unserer Seite jedoch sofort Protest erhoben. Dieser wurde auch als berechtigt anerkannt und von der Ausschichtsbörde die Wahl fallsetzt und eine nochmalige Wahl angeordnet.“ Das verhält sich denn doch in Wirklichkeit ein klein wenig anders. Der Protest des Vereins ist nicht anerkannt. Die Wahlen sind wohl seitens der unteren Verwaltungsbehörde, aber aus einem völlig anderen Grunde, als der Verein in seinem Protest angegeben, beanstandet, die Sache schwebt aber noch in der höheren Instanz, ist also noch gar nicht entschieden. Das ist ein Vorhaben der Unwahrscheinlichkeit, wie es sich die Vereinsleiter gegen unseren Verband ihren Mitgliedern gegenüber zu bedienen belieben.

Der Verein hat auch zwecks Agitation Bezirks- und Betriebskassen abgehalten. Ueber letztere sagt der Bericht: „Kollegen, welche dem Verein noch nicht angehört und in großer Zahl bei einer Firma beschäftigt waren, luden wir ebenfalls in mehreren Fällen zur Besprechung ein. Das Resultat war stets, daß ein großer Teil der Anwesenden dem Verein als Mitglieder sofort beitraten.“ Dieses dürfte für unsere Verbandskollegen nicht unbedeutend wert sein.

Der Verein nennt sich zum erstenmal in diesem Bericht „Organisation“, ja sogar „Gewerkschaftsorganisation“. Diese Bezeichnung ist natürlich nur ein Außergewöhnliches für jene, die nicht alles werden. In Wirklichkeit weist der Verein die charakteristischen Merkmale einer Gewerkschaft nicht auf, man findet in dem ganzen Jahresbericht keine einzige Zeile über Konflikte mit Unternehmern oder gar Forderungen auf höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, was wäre der Verein auch nur eine Sängergewerkschaft, denn doch sicherlich der Fall wäre. Im Gegenteil, der Verein Berliner Hausdiener will heute noch wie seit jeher von Klassenkampf nichts wissen. Er hegt und pflegt die Harmonie der Interessen mit den Geshs. Für seine Mitglieder kommt dabei freilich herzlich wenig heraus, aber diese scheinen ja in jeder Beziehung recht genügsame Leute zu sein.

Der Verein ist aber auch, was eine Gewerkschaft niemals sein kann, hochpatriotisch und militärisch. So hat er am 26. Juli d. J. nach einem uns zugehenden Programm in der Berliner Hochbrauerei ein Konzert veranstaltet, bei der die Kapelle des 8. Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabeth unter anderem auch folgendes Musikstück auführte: „Deutschlands Erinnerungen an die denkwürdigen Kriegsjahre 1870—71. Großes militärisches Tongemäbe mit Schlachtmusik, Kapellenreich und Abendgebet.“ Mein Liebchen, was müßt du noch mehr! Und in diesem Verein sind Leute Mitglieder, die

Revolutionen im Handels- und Verkehrsgewerbe.

V.

Die neueste Ferntelephonie.

Für die Ferntelephonie durch Wechselströme oder durch schnelle elektrische Impulse ist die elektrische Kapazität sowohl von langen Ausleitungen wie besonders die von Kabeln von sehr schädlichem Einfluß. Man kann sagen, diese Kapazität hat die Fortschritte der Ferntelephonie bisher überall in Frage gestellt. Wenn sich eine elektrische Welle über einen Leitungsstrahl fortplant, so wandelt sich dabei die elektromagnetische oder bewegende Energie in elektrostatiscche (ruhende) und magnetische Energie um. Die Welle verliert auf ihrem Wege andauernd an Kraft, wie andere Wellen auch, bei denen die Energie allmählich verloren geht. Dieser Prozeß geht um so intensiver vor sich, je stärker die Leitung ist. Je größer aber bei starker Kapazität der Leitung die Energieverluste sind, desto geringer ist die Sprechwirkung. Um dieser Energiezerstreuung Einhalt zu tun, hat man den Querschnitt der Leiter stark vergrößert. Damit wurden die Leitungsabel und Drähte immer dicker und teurer. Allmählich kamen die Unternehmungen an dem Rande an, da die Wirtschaftlichkeit aufhörte.

Nun schlug man einen anderen Weg ein, um zum Ziel zu kommen. Man steuerte dem Einfluß der Kapazität der Leitungen dadurch, daß man die Aufspeicherung der Energie zum größeren Teil in Gestalt von magnetischer Energie bewirkte, indem man die Selbstinduktion der Leitung vergrößerte. Das ist nur verständlich, wenn wir einige Erklärungen beifügen. Induktion nennt man die Erzeugung elektrischer Ströme durch elektrische Ströme oder durch Magnete. Nimmt man einen Eisenkern, steck zwei Säulen darauf und leitet dann durch die eine oder die

andere einen Strom, der an Stärke ab- und zunimmt, so wird die dadurch entstehende Ab- und Zunahme der Zahl der Kraftlinien, die der Strom erzeugt, auch auf die zweite Spule wirken. Nimmt der Strom in der ersten Spule zu, so entsteht in der zweiten ein Strom, der in entgegengesetzter Richtung von dem Strom der ersten Spule um den Eisenkern läuft. Den ersten Strom nennt man den primären, den anderen den sekundären. Nimmt danach die Stärke des primären Stromes zu, so entsteht ein entgegengesetzt gerichteter sekundärer Strom. Das nennt man Induktion. Da nun aber auch die erste Spule ein Leiter ist, der den Eisenkern umgibt, und da sie Kraftlinien von wechselnder Zahl erzeugt, so entstehen Veränderungen des Kraftlinienbündels, die auch auf die eigene Spule zurückwirken. Damit induziert die Spule sich selbst, und man nennt diesen außerordentlich wichtigen Vorgang die Selbstinduktion. Nimmt nun die Stromstärke in irgend einer Spule zu, so entsteht infolge der Selbstinduktion in den Spulwindungen eine elektromotorische Kraft, welche der Kraft, die den Strom verursacht, entgegengesetzt ist.

Darauf hatten schon die Engländer Heaviside und Thompson ein Spulensystem aufgebaut. Die Drahtleitung wurde unterbrochen, und in dieselbe wurden Drahtspulen mit hoher Selbstinduktion eingeschaltet, um dadurch den Wirkungen der Kapazität zu steuern. Es wurden auch gewisse, aber geringe Erfolge erzielt. Pupin löste das Problem durch theoretische Berechnungen. Er begrenzte dabei die Selbstinduktion der Spulen und deren Abstand in den Leitungen derartig, daß alle Nebenwirkungen ausgeschlossen wurden. Die Wirkung der Selbstinduktion wurde damit vollkommen. Pupin schaltete Spulen aus isoliertem Kupferdraht in die Fernspreitleitungen ein. Die erforderliche Entfernung der Spulen stellt er in jedem Fall rechnerisch fest. Die Firma Siemens & Halske in Berlin montierte die Linien Berlin-Potsdam und Berlin-Magdeburg, welche die Reichstelegraphenverwaltung in

der entgegenkommendsten Weise zur Verfügung gestellt hatte, nach Pupins System mit besten Spulen. Man erzielte nicht allein eine ungleich bessere Verständigung auf den Spulenteilungen, sondern man konnte auch die Verständigungsstrecken um das Vier-, ja das Fünffache steigern. Gelang es bisher mit Kabeln auf 50 km sich telephonisch verständlich zu machen, so wird man sich in Zukunft auf 200 bis 250 km verständigen können, und wenn man mit Aufleitungen über 1000 bis 1200 km sprach, so ist das von nun an eine Kleinigkeit. Alle unsere längeren Verbindungen, so Berlin-Königsberg 800 km, Berlin-Köln 692 km, Frankfurt a. M. 570 km, bekommen einen ganz anderen Wert als bisher. Dazu kommt, daß die Anlagen wesentlich verbilligt werden, denn wenn man für Berlin-Frankfurt a. M. 570 km, früher, um Durchschnitt zu erzielen, wird man hinfort mit einem Kupferdraht von 2 1/2 mm Durchmesser auskommen. Und man wird ganz andere Resultate erzielen, denn das wissenschaftliche Facit der bisherigen Versuche lautet dahin, daß man durch Einschaltung von Selbstinduktionspulen nach dem System Pupin die von der Theorie vorausgesehenen großen Erfolge tatsächlich erzielt, daß die Ferntelephonie einem neuen gewaltigen Aufschwung entgegengeht. Selbst das vielumstrittene Problem der Telephonie durch den Ocean liegt nicht mehr außer dem Bereich der Lösung, wenn man von den technischen Schwierigkeiten, die ja schließlich immer überwinden werden, absteht. Nord- und Ostsee lassen sich heute schon überwinden, und direkte Telephonverbindungen Berlin-London, Berlin-Kopenhagen-Stockholm, St. Petersburg-Stockholm, Paris-London sind nur noch eine Frage der Zeit. So hat die Ferntelephonie mit ihrem neuesten Fortschritt sich Marconis Funkentelegraphie würdig zur Seite gestellt; ja was die praktische Brauchbarkeit der Sache angeht, dürfte Pupin Marconi um viele Längen geschlagen haben.

als Parteigenossen dem radikalsten Rabulakismus huldigen. Ja, die Theorie und die Praxis!

Der Verein besitzt auch eine Bibliothek, in der wir im vortier Durchgänger reichhaltigster, aber wirklich keine Gemerkschaft führt. Da finden wir beispielsweise den interessantesten und literarisch hochstehenden Roman Rinaldo Rinaldini gleich in 5 Exemplaren. Dann: Ein moderner Dämon, Die Geheimnisse von Warschau, Die graue Mauer, Die Rothhäute, Jud Süß, Der Goldgräber, Die weiße Indianerbraut, Die Sünde des Priesters und noch viele ähnliche Prachtwerke der deutschen Schundliteratur, die den Leser sittlich und moralisch verdirbt und bestenfalls seine niedrigsten tierischen Instinkte weckt. In der Abteilung V des Bibliothekskataloges finden wir unter dem pompösen Ueberschrift „Wissenschaft“ gar das Reglement der preussischen Kavallerie-Regimenter.

Gewerkschaftler, die durch solche Meisterwerke ausgebildet werden, solche Unflämmer möchten wir tatsächlich mal kennen lernen.

Nicht auf den Namen kommt's bei einer Vereinigung an, sondern auf deren Inhalt. Eine Sache, die sich von außen schön repräsentiert, muß man, bevor man sie besetzt, auch auf ihre innere Schönheit prüfen. Jene, die Mitglieder des Vereins werden wollen, glauben Goldstaub zu finden und heben wirklich goldschimmernden Staub auf, der sich im Klischee der Sonnenstrahlen als glühender Kieselstaub entpuppt.

Wer den Verein Berliner Hausblender wägen prüft, wird und muß ihn trotz aller Schönfärberei zu leicht befinden. Er ist gewerkschaftliches Laitné, von der billigsten und wertvollsten Sorte. Für unsere Kollegen, die es ernst meinen mit ihrem Streben nach höheren Zielen, muß es daher ernsthafte Aufgabe sein, dem Verein das Rekrutierungsgebiet abzugrenzen, durch Aufklärung und Belehrung der Kollegenchaft. Nicht gleichende Steine verlangt diese, sondern Brot, Brot aus Weizen und Korn, aber nicht aus Unkraut. Das Volk mit Surrogaten niederen Wertes zu füttern, dafür ist es zu gut, liegt es uns zu hoch, denn für das Volk darf nur das Beste gerade gut genug sein. Und dieses Beste ist für die Hausblender einzig verkörpert in ihrer wahrhaft echten Gemerkschaft, dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Deutsche Bergarbeiterzeitung schreibt:

Deutlich ist ein sehr fruchtbares Jahr. An Sturm und Regen hat es nicht gefehlt, auch Hagelschläge sind auf uns niedergekrastet, aber unter Sturm und Saufen seltsam still die grüne Saat. Es scheint, als ob das verstärkte Wehnen der zahlreichen Verbandsheinde die entgegenstehenden Widerstände gemacht hätte. Es gibt Bezirke und Ortsteile, wo die neuen Mitglieder dem Vertrauensmann förmlich in den Weg laufen. Jede Saalabtreiberin jagt uns die Massen zu, jeder Verleumdungsflug der angeblich „christlichen“ Presse gießt neue Kraft in die Glieder der Organisation. Dieses Jahr ist besonders fruchtbar gewesen in der Hervorbringung nichtwürdiger Beschimpfung des alten Verbandes, manchmal herrschte Fieberhitze bei unseren intimsten Feinden. Was war aber das Resultat? In den Monat Oktober tritt die Bergarbeiterzeitung mit 70 000 Auflage!!! ein. Auch in der früheren besten Zeit, 1890 bis 1892, hat die Auflage nicht mehr wie etwas über 50 000 betragen. Klängst ist also die ehemalige Stärke weit überholt. Wie wir wachsen und gedeihen, mögen einige Daten lehren. Die Auflage der „Bergarbeiterzeitung“ betrug

März 1902	40 000 Exempl.
Dezember 1902	50 000
Mal 1903	60 000
Oktober 1903	70 000

Das lassen wir gelten. So müssen wir einige Jahre weiter arbeiten, dann sind wir ein Machtfaktor, mit dem Unternehmer, Behörden und Regierung notgedrungen zu rechnen haben. Und dann können wir die Ansprüche der Kameradschaft auf ein menschenwürdiges Dasein mit Nachdruck geltend machen. Es kommt die Zeit, da wird sich die gesellschaftliche Stellung unserer Kameradschaft von Grund auf zum Besseren ändern, aus dem verachteten „Kumpel“ wird der angesehenen Bürger eines Gemeinwesens, dem die organisierte Kraft der Arbeiterschaft ihren Stempel aufdrückt. Unausfallbar ist es vorwärts gegangen mit dem „längst geforderten alten Verband“. 1894 schloß unser Geschäftsjahr mit einem Defizit von 1550,97 Mt. ab; 1895 betrug das Minus 2061,35 Mt. Dann war der tote Punkt überwunden, die Ueberflüsse stellten sich ein, am Ende des Vorjahres konnte der Verband trotz vieler Mehrausgaben und Neuanlagen mit einem Gelantervermögen von 280 134,22 Mt. abschließen.

Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus! Am 26. September hatten wir die stolze Freude, den Grundstein zu unserem eigenen Heim zu legen, fürwahr ein historischer Augenblick. Doppelt bedeutsam für die Kameraden, die unsere Organisation in ihrer tiefsten Erniedrigung gefandt. In solchen Augenblicken können wir uns ein überkommenes und stärker die hegehafte Gewißheit von dem unaussprechlichen Triumph der Unterdrückten. Uns sollen die Feinde nicht kümmern.

Der Zentralverband der deutschen Schneider und Schneiderinnen feierte am 1. Oktober sein 15jähriges Bestehen. Schon vor 36 Jahren bestand ein allgemeiner deutscher Schneiderverein, der dem Sozialistengesetz wie viele andere zum Opfer fiel. Der im Jahre 1888 gegründete Unterstüßungsbund der Schneider, welcher 2800 Mitglieder zählte in 65 Filialen, wurde kurz vor dem Stattfinden der Generalversammlung in Weimar vom 8. bis 10. August von der Behörde in Halle, wofolbst der Bund seinen Sitz hatte, wegen der Unterstüßungseinrichtungen dem Versicherungsgefetz unterstellt. Durch eine Statutenänderung, welche die Unterstüßungen als freiwillige bezeichnet, d. h. kein Mitglied ein statutenmäßiges Recht hatte, solche zu fordern — wurde diesem Zustand ein Ende gemacht. Der Sitz des Vorstandes wurde im

gleichen Jahre nach Hannover, später nach Hlenaburg und Stuttgart und dann nach Berlin verlegt; bis zum 1. Oktober des vorigen Jahres wurde die Fachzeitung in Gamburg redigiert und gedruckt, jetzt in Berlin am Sitze des Vorstandes. Die Mitgliederzahl ist seit 1891 ständig, wenn auch langsam gestiegen. 1891 zählte der Verband 7244 männliche und 134 weibliche Mitglieder, 1903 im 2. Quartal 19829 männliche und 904 weibliche. Im gleichen Maße wie die Mitgliederzahl stieg auch der Vermögensstand des Verbandes. Im letzten Quartal schloß die Hauptkassa mit einem Bestand von 88 000 Mt. ab. Der Umfang der Unterstüßungen in den letzten vier Jahren ergibt sich aus folgenden Ziffern: für Reiseunterstüßung 81 494,81 Mt., Krankenunterstüßung 43 641,33 Mt., Gemährgelehenunterstüßung 1468,75 Mt., Umzugskosten 579,15 Mt., Streifenunterstüßung 168 867,84 Mt., Rechtschutz 1060,71 Mt. Für Agitation wurden verausgabt 23 607,85 und für die Fachzeitung 78 871,68. Ueber die Kämpfe und besonders die Erfolge schreibt die Fachzeitung: Vor 15 Jahren waren in allen Branchen der Schneberei noch ganz unhaltbare Zustände vorhanden, heute werden solche nur noch in wenigen Orten angetroffen, wo unsere Organisation noch keinen festen Fuß fassen konnte. In der Bezahung der Arbeit, wie auch in Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit herrschte früher im allgemeinen vollständige Willkür; feste Lohnsätze, Bezahung der Extraarbeit, Entschädigung für Sonntags- und Nacharbeit waren ganz unbekannte Dinge. Jeder Kollege wußte sich der jeweiligen Laune seines Arbeitgebers fügen und unterordnen. Wenn darin nun seit einigen Jahren in verschiedenen Städten eine Aenderung herbeigeführt worden ist, so ist dies nur dem Zusammenschluß der Kollegen in der Organisation zu verdanken. Jede Verbesserung mußte erkämpft werden, und fortwährend wird den Kollegen das Erzeugnis noch wieder streitig gemacht. Innungen und Arbeiterverbände wetteifern miteinander um die Palme, die Arbeiter an ihrem weiteren Vordringen zu hindern, trotzdem sie selber zugeben müssen, daß auch in der Maschinenerei manches und an mancher Stelle verbesserungsbedürftig ist.

Der 36. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften tagte Anfang September in Leicester. Es waren 460 Delegierte anwesend, die 1600 000 organisierte Arbeiter vertraten. Von den größeren Gewerkschaften fehlten nur zwei: die der Mechaniker und Gießergeselle, die zusammen etwa 100 000 Mitglieder zählen. Der Beschluß des Kongresses gegen die Chamberlainische Zollpolitik wurde bereits mitgeteilt. Mr. Curran (Delegierter der Gasarbeiterunion und Präsident der General Federation of Trades-Unions) brachte hierauf folgende Resolution ein:

„Der Kongreß begrüßt herzlich die Politik direkter Arbeitervertretung, wie sie auf der letzten Jahreskonferenz in Newcastle beschloffen wurde, und fordert alle Trades-Unions, die sich dem Komitee für Arbeitervertretung noch nicht angeschlossen haben, auf, in dieses einzutreten, so daß die gesamte Arbeiterbewegung für bestimmte politische Zwecke vereinigt ist.“

In seiner Begründung betont Mr. Curran: Ich glaube, daß die Arbeiterpartei stark genug ist, ihren eigenen Kampf selbst auszuführen und ich wünsche, daß sie zur Wahl Schritte unternommen, unbestritten durch irgend eine andere politische Partei. Ein Delegierter der Maurer brachte den Zusatzantrag ein, daß nur Arbeiter dem Komitee angehören sollen. Dieser Antrag hätte den Ausschluß der Sozialisten zur Folge gehabt. Bei der Abstimmung wird der Zusatzantrag mit 209 gegen 53 Stimmen abgelehnt und die Resolution mit 200 gegen 82 Stimmen angenommen. Die Delegierten, die für die Resolution stimmten, vertreten 506 000 Mitglieder, die Delegierten, die dagegen stimmten, nur 285 000. Die Resolution ist also mit einer Majorität von 221 000 — also fast mit Zweidrittelmehrheit — beschloffen worden. Das Ergebnis wurde mit brausenem Gebers aufgenommen. Die liberalen Blätter sind über das Ergebnis ganz bestürzt. Es scheint also, daß es mit der selbständigen Arbeiterpartei auch in England Ernst werden will. Bis sich die englischen Arbeiter zum bewussten Klassenkampf durchringen, wird es freilich noch eine Weile dauern.

Die oben erwähnte Newcastle Resolution, die auf dem Kongresse des Komitees am 21. Februar d. J. angenommen wurde, lautete:

„Der Kongreß betrachtet es als absolut notwendig, daß das Komitee und die Führer der ihm angehörenden Gewerkschaften sich allen Verbindlichkeiten mit den bürgerlichen Parteien strengstens enthalten, da wir den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen Klasse nur gerecht werden können, wenn wir ohne Rücksicht auf die anderen Parteien unsere Politik aufbauen.“

Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand bildet weiter die Erörterung der gesellschaftlichen Stellung der Trades-Unions. Mr. B. Cooper (Zigarrenmacher) legte dem Kongreß folgende Resolution vor:

„In dem der Kongreß die Gefahr erwägt, die jede Anerkennung einer zollgerichtlichen Verantwortlichkeit für die Fonds der Trades-Unions einbriht, indem er weiter erwägt, daß die Freiheit von der Schadenerschaftpflicht für die Trades-Unions gar keinen Vorteil bedeutet, dessen sich die Unternehmerorganisationen nicht auch erfreuen, kommt der Kongreß zu der Überzeugung, daß die gerichtliche Entscheidung, die längst gegen die Trades-Unions erlassen ist, nicht übereinstimmt mit den Absichten des Parlaments, die es bei der Schaffung der Trades-Unions-Akten von 1871 und 1876 gehabt hat. Der Kongreß beauftragt deshalb das parlamentarische Komitee, ein Gesetz auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, durch das die Freiheit des Trades-Unions-Fonds vor jeder Schadenerschaftlage gesichert wird und den Trades-Unions wieder jener Schutz, der nach der Ansicht von Parlaments-Mitgliedern, Richtern und Trades-Unions in vor dem Laß Hale-Urteil bestand. Weiter wird das parlamentarische Komitee aufgefordert, allen Kandidaten für das Unterhaus in einem Zirkular die Anschauungen des Kongresses über diese Angelegenheit mitzutheilen, daß

über die Stellung der einzelnen Kandidaten zu dieser Frage zu verewewiffen und die Trades-Unions zu informieren, welche Kandidaten sie bei den verschiedenen Wahlen unterstützen sollen.“

Die Resolution wurde nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Die „Arbeiterzeitung“ kann es absolut nicht verwinden, daß sich unser Verband auch der Zeitungsausträgerinnen, dieser Kerne unter den Armen, angenommen hat und für sie bessere Arbeitsverhältnisse eringen will. Das genannte Organ gibt seinem Weger über dieses Streben unseres Verbandes in folgenden Zeilen bezeichnenden Ausdruck:

„Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bemüht sich überall, so auch unter den Zeitungsausträgerinnen, Unfrieden zu stiften. Die neuliche Versammlung dieser Genossinnen bezog sich darauf, daß durch die Reichsgewerbeordnung die Kinderarbeit vom nächsten Jahre ab beschränkt werden wird. Tritt nun dieses Gesetz in Kraft, dann wird es nicht mehr erlaubt sein, vor Beginn der Schulzeit und auch in den Abendstunden die Kinder zum Zeitungsaustragen zu verwenden. Ob diese Gesetzesänderung nun für viele Familien gerade glückbringend ist und ob es nicht besser sein dürfte, die auf der Straße herumumlaufenden Kinder auf eine kurze Zeit zu beschäftigen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls sehen wir, daß bei jeder nur im Rebel greifbaren Veranlassung gleich der Transportarbeiter-Verband dafür sorgt, daß die Genossinnen nicht zu kurz kommen.“

Wir danken dem führenden Scharfmacherorgan recht herzlich dafür, daß es die Güte gehabt, uns öffentlich zu beschuldigen, unser Verband solle bei jeder, auch nur im Rebel greifbaren Veranlassung dafür sorgen, daß seine Mitglieder dabei nicht zu kurz kämen. Wenn die indifferenten, uns noch fernstehenden Massen aus solch' beuenumen Unternehmensberartiges zu hören bekommen, dann werden sie doch endlich begreifen, daß sie wirklich im eigenen Interesse nichts Besseres tun können, als schleunigst die Mitgliedschaft in unserem Verbands zu erwerben. Im übrigen gilt das Genaugemachte vor dem neuen Kinderzugesetz nicht, seine Einführung kann ja nur zur Folge haben, daß die Arbeit des Zeitungsaustragens besser entlohnt werden muß. Vielleicht, daß es ja noch nicht ausgethlossen, bedarf es eines Kampfes, um eine höhere Entlohnung für die Austrägerinnen zu erzielen. Bei einem solchen Kampfe würde unser Verband mit all seiner Macht hinter den Zeitungsausträgerinnen stehen. Die Zeitungsfrauen werden sich freilich mehr als bisher ihrer Berufsorganisation anschließen müssen, soll Ertrüßliches für sie in absehbarer Zeit erreicht werden. Mit vermehrter Agitation muß deshalb eingestiftet und insbesondere auf die Heranziehung der bei bürgerlichen Zeitungsredaktionen tätigen Arbeiterinnen mehr Mühe verwandt werden.

Droschkenkutscher.

Das Leipziger Droschkenwesen. Zu Beginn vorigen Jahres waren 875 Konzeßionäre vorhanden, die 522 Droschken im Betriebe hatten. 40 Konzeßionäre hatten Droschken 1. Klasse und 2. Klasse, 42 Konzeßionäre nur Droschken 1. Klasse und 293 Konzeßionäre nur Droschken 2. Klasse im Betriebe. Von den Droschken entfielen 158 auf die 1. Klasse, 364 auf die 2. Klasse. Als mittlicher „Kongreßkonzeßionär“ kommt wohl nur einer, der 29 Droschken im Betriebe hatte, in Betracht. Die übrigen Konzeßionäre besaßen nicht über 10 Droschken. 371 Konzeßionäre hatten aber nur 1 Droschke, waren also in den meisten Fällen zugleich Kutscher. Stationsplätze bestanden 81, darunter 81 Qualifikationen.

Der Kleinbetrieb ist im Leipziger Droschkenwesen also noch weitaus überwiegend. Die Entlohnung zum Großbetrieb wird, solange tierische Preisrückstreckt verwandt wird, eine nur langsame sein. Das dürfte freilich die längste Zeit gedauert haben. Die motorische Kriebkraft, das Automotiv, wird sich in ganz kurzer Zeit voraussichtlich dieses Erwerbszweiges vollständig bemächtigen und dann ade Kleinbetrieb, beim letzten Ständlein hat geschlagen. Solange der Kleinbetrieb im Droschkenwesen herrscht, wird unsere Organisation daselbst auf keinen grünen Zweig kommen können; ist dieser bestigt, erst dann ist auch für unseren Verband die Bahn frei. Deshalb begrüßen wir es, wenn die Maschine sich auch dieses Gebiet recht bald erobert.

Kassel. Auch die hiesigen Droschkenbesitzer möchten gerne Herr im Hause resp. im Hüschchen bleiben, obwohl die wenigsten von ihnen ein Haus besitzen. Die Herren verlangen aber nach patriarchalischer Art widerprüchlichen Gehorsam von ihren Kutschern. Erdreisten sich letztere, manche bedenkliche Handlungen ihrer Gasse nicht ganz in der Ordnung zu finden, dann unterlassen diese nicht etwa die bedenklichen Handlungen, nein, sondern sie werfen die kritisierenden Kutscher aufs Pflaster. Als Freunde billiger Arbeitskräfte hatten nun kürzlich einige Droschkenbesitzer neue Stadtkundliche Kutscher eingestellt, obwohl die polizeilichen Vorschriften bestimmen, daß Droschkenkutscher in der Stadt Weidenschaft wissen müssen. Aber die Droschkenbesitzer kümmern sich den Teufel um Polizeivorschriften, wenn ihnen diese unbehagen sind. Die alten Kutscher lehnten es nun ab, den Lohnrückern Bescheid zu sagen, und diese Freiheit mußte nun geroden werden. Im Besizerverein, den der Führer Zimmermann dirigiert, wurde kürzerhand beschloffen, daß die Arbeiter der betreffenden Kollegen erklären, daß sie sich nur dem Zwange fügten, weil sie sonst Strafe bezahlen müssen. Das Letztere ist natürlich Schwindel.

Denn nach dem Stande der heutigen Gesetzgebung kann heute niemand zu solchen Handlungen gezwungen werden, und die Herren Besizer hätten es ruhig darauf ankommen lassen können.

Das Vorgehen der Gemeindegroße von Droschkenbesitzern hat indes auch sein Gutes gehabt. Die Rutscher haben gesehen, was sie von ihren „Herren“ befehlen, falls sie gemächlichen haben und das dürfte die Kollegen endlich veranlassen, sich der Organisation anzuschließen, um das eigene Ich gegen solchen Unternehmerrübermut zu schützen. Sind erst die Rutscher organisiert, dann ist die Zeit der Unternehmerrückwärts unüberbrücklich dahin.

Fensterputzer.

Hannover. Die hiesigen Fensterputzer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die fortgesetzte Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel und der Weinen veranlassen die hiesigen Kollegen an ihre Arbeitgeber mit Forderungen heranzutreten. Ein Lohnarif wurde ausgearbeitet, den Unternehmern zugestellt und um Antwort bis zum 16. Oktober gegeben. Es fand nun eine gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, in welcher die Fensterputzer sich zu einem Entgegenkommen bereit erklärten. Die Unternehmer hatten aber selbst einen für die Arbeiter unannehmbaren Tarif aufgestellt und erklärten sich auf weiter nichts einlassen zu können. Wenn der von den Arbeitgebern aufgestellte Tarif nicht passe, der könne ja streiken, falls er Lust dazu habe. Im übrigen wollten die Herren mit jedem ihrer Arbeiter einzeln verhandeln. Der Geschäftsführer der Glaser-Zunung tat sich dabei als ein besonders schneidiger Herr hervor. Ihm sekundierte ein Herr Stuchmann, dem anscheinend seine Bedeutunglosigkeit zu Kopfe gestiegen ist.

Schon mancher Arbeiter hat den Mund zu Anfang recht voll genommen, sich auf hohe Forderungen und nachher hat er klein beigeben müssen, und war froh, daß die Organisation der Arbeiter mit ihm noch so glimpflich verfahren ist. Das mögen sich besonders unsere Herren Prinzipale merken. Gerade sie hätten am allerwenigsten Grund, die Arbeiter zu reizen; einmal bilden sie keine Macht, und zum Anderen kann Jeder, der versteht, sich Kundtschaft heranzubolen, mit wenigen Groschen ein solches Geschäft beginnen. Ob dieser Haltung der Unternehmer wurde in der am Freitagabend stattgefundenen Versammlung, mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Darauf legten am Sonnabend Morgen fünfzehn Mann die Arbeit sofort nieder, die übrigen am Sonnabend Abend. Die Verfestigung unter den Streikenden ist groß, der ganze Streik apparat funktioniert vorzüglich, namentlich wenn man bedenkt, daß die Sektion der Fensterputzer erst seit Frühjahr besteht und jetzt sämtliche Putzer bis auf 3 Mann organisiert sind. In dem hiesigen Organ für Streikbrecherermittlung, den leider noch von vielen Arbeitern unterschätzten Hannoverschen Anzeiger, suchen die Unternehmer Streikbrecher, doch ist es unsern Streikposten gelungen, sämtliche sich meldende Leute, etwa 60, an der Zahl, abzufangen und zum Verzehrslokal zu leiten, wo sie die nötige Aufklärung empfangen und dann sämtlich auf die Arbeit verzichteten.

Die Ausflüchte für die Streikenden sind gut. Neun Unternehmer haben die Forderungen bewilligt, davon sind fünf Meister, die allein arbeiten, die aber jetzt wohl mehrere Kollegen beschäftigen werden, da sie Aussicht haben, ihren Kundenkreis zu vergrößern und hierin von den Putzern unterstützt werden. Bei den übrigen arbeiten neun Kollegen zu den neuen Bedingungen, fünfzehn reisen an Dienstag ab nach Hamburg, um dort in Stellung zu treten, sobald jetzt noch etwa 35 Kollegen im Streik sind.

An alle Kollegen richten wir die erste Mahnung, standhaft zu sein und an alle einmal gefassten Beschlüsse unbedingt fest zu halten. Sich nicht auf einzelne Versprechungen der Unternehmer einzulassen, denn nur so vernünftig wir die Startposten der Unternehmer zu brechen. Die Organisation muß ein flattert Damm gegen das Unternehmertum sein und wir können nur in geschlossenen Reihen die begonnene Schlacht schlagen und liegen und können dann auch die Früchte dieses Sieges ernten.

Handelsarbeiter.

Die Geschäftszeit an den Sonntagen vor Weihnachten. Auf eine Anfrage des Gewerbe-Kommissariats des Polizeipräsidenten hat die Berliner Handelskammer wegen der diesjährigen Regelung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe an den Sonntagen im Dezember die Wünsche der beteiligten Kreise ermittelt und daraufhin ein Gutachten festgestellt. Dieses geht dahin, daß in diesem Jahre, wo das Weihnachtstfest nicht unmittelbar auf einen Sonntag folgt, sondern (25. Dezember) auf einen Freitag fällt, die Verlängerung der sonntäglichen Arbeitszeit nur für die beiden vorhergehenden Sonntage (13. und 20.) beansprucht werden müsse, während am Sonntag, 6. Dezember, mit den gewöhnlichen 8 Stunden auszukommen sei. An den beiden ersten genannten Sonntagen (13. und 20. Dezember) empfiehlt sich die Freigabe der Stunden von 8—10 Uhr vormittags und von 1 bis 9 Uhr nachmittags. Für Sonntag, den 27. Dezember, wird für die Tabak- und Zigarrenbranche und für den Papierhandel (Neujahrskarten) die Freigabe der Stunden von 8—10 und 12—4 Uhr beantragt.

Wir müssen erst 1eden gegen die Bewilligung zweier Sonntage protestieren, einer genügt unserer doch auch nicht ganz unmaßgeblichen Ansicht nach vollkommen. Noch schärfer müssen wir uns gegen die Ausbehnung der Geschäftszeit bis 9 Uhr abends ausprechen. Bis 6 Uhr abends kann wirklich jeder — auch der bummeligste Mensch — seine Einkäufe besorgt haben. Unsere Kollegen werden gut tun, hierzu mit aller Deutlichkeit Stellung zu nehmen.

Polizei und 8 Uhr-Adenschluß. Den Berliner Tagesblättern entnehmen wir folgende Notiz: „Der Verein selbständiger Geschäftsinhaber zur Abwehr des 8 Uhr-Adenschlusses (Geschäftsstelle Münstr. 9) entandte eine Abordnung, bestehend aus den Herren: erster Vorsitzender Kaufmann Volkmann, Blumenhändler Lide, Konfiterienhändler Nibel, Klempnermeister Aufschwski, Uhrmacher

Präuser, Zigarrenhändler Klose, zum Polizeipräsidenten v. Vorries. Nach längerem Vortrag durch den ersten Vorsitzenden über den Stand der Bewegung der Geschäftsinhaber, die Gegner des 8 Uhr-Adenschlusses sind, erklärte der Polizeipräsident in entgegenkommender Weise die Zusammenlegung der einzelnen Geschäftsweige einer sachgemäßen Vorkauf vor der amtlichen Entscheidung unterziehen zu wollen, und bewilligte zur Herbeiführung der noch anzufertigenden Listen von Gegnern des 8 Uhr-Adenschlusses eine dreimonatliche Frist, bis zu welcher die Anträge der Anhänger des 8 Uhr-Adenschlusses ruhen sollten. Es liegt jetzt in der Hand der Geschäftsinhaber, durch Niederlegung ihrer Unterschrift bei genanntem Verein zur schleunigen Beschaffung des vom Polizeipräsidenten gewünschten Materials das Ihrige beizutragen.“

Falls dieser Bericht, was uns zu kontrollieren nicht möglich, den Tatsachen entsprechend abgefaßt ist, müssen die Handelsarbeiter mit aller Schärfe gegen ein solches Entgegenkommen der Polizei den Adenschlüssen gegenüber protestieren.

Vielleicht trägt diese Stellung der Polizei auch dazu zu bei, unseren Kollegen die Augen über die Gefährlichkeit der Gegner zu öffnen und sie endlich zu energischen Gegenmaßnahmen anzuweisen.

Für den 8 Uhr-Adenschluß hat sich die Vertreterin der organisierten Arbeiter Berlin, die Gewerkschaftskommission mit aller Deutlichkeit in folgender Resolution ausgesprochen:

„Die Delegierten der Gewerkschaftskommission verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder derselben, resp. deren Familienangehörige ihre Einkünfte in den Geschäftstagen bis 8 Uhr abends beizulegen. Die Handelsangestellten stehen in einem schmerzlichen Kampf um die Herbeiführung des 8 Uhr-Adenschlusses, dessen Durchführung die einzige Möglichkeit einer Verklärung der täglichen Arbeitszeit bedeutet. Das Unternehmertum entfaltet eine rege Gegenagitation und sucht sich hierbei auf die Tatsache, daß es die Arbeiter als die Hauptkonkurrenten sind, deren Angehörige die Verkaufsläden in später Abendzeit aufzusuchen pflegen. — Bei der organisierten Arbeiterschaft, die immer in energischer Weise die Bestrebungen der Handelsangestellten unterstützt hat, wird es nur dieser Unterstützung bedürfen, um uns auch hierin moralisch durch die Tat zu unterstützen. Ingleich wird dann dem Unternehmertum der Vorwand für seine sozialpolitisch feindselige Stellung genommen.“

Damit ist den Gegnern des 8 Uhr-Adenschlusses endgültig der Vorwand genommen, daß nur mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft der 8 Uhr-Adenschluß nicht durchgeführt werden könne. Die Arbeiter haben selbst gesprochen und sie vernachlässigen sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Bevormundung seitens profitwilliger Krämerseelen.

Berlin. Die Regelung der Sonntagsruhe in den Engros-, Expositions-, Fabrik- und Bankgeschäften beabsichtigt der Magistrat durch Ortsstatut herbeizuführen. Er hatte, wie erinnerlich, zu diesem Zweck eine Kommission eingesetzt, die mit den Interessententeilen die Angelegenheit beraten sollte. Unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Weigert haben diese Beratungen stattgefunden, bei denen die bezeichneten „Gewerkskreise“ durch etwa 50 der bedeutendsten Firmen vertreten waren. Nicht beauftragt waren zunächst die Fabrikgeschäfte, die noch besonders gehört werden sollen. In der Konferenz ist die Uebereinstimmung zum Ausdruck gelangt, daß die bisherige fünfstündige Arbeitszeit sich sehr wohl auf eine zwei- bis dreistündige an den Sonntagen reduzieren lasse. Nur die Engros- und Fabrikgeschäfte der Nahrungsmittelebranche glaubte man ausnehmen und es hier bei der alten Ordnung belassen zu müssen.

Die Interessenten aus Angestelltenkreisen hatte man natürlich nicht gefragt. Vermutlich nur deswegen nicht, weil diese nachgewiesen hätten, daß für die Engros- und Fabrikgeschäfte Sonntagsarbeit überhaupt nicht notwendig ist.

Rehdeberg. Bei der Firma Wohltaemuth herrschen Verhältnisse, die aller Hygiene und Sittlichkeit Trost bieten. Die dort arbeitenden Kollegen müssen noch immer zu zwei und zwei in einem Bett schlafen. Herr Wohltaemuth verlangt immer saubere Wäsche; nun, ein sauberer Wusch muß auch ein sauberes Bett haben, das sollte sich der Firmenchef doch selbst sagen. Ebenso braucht ein sauberer Wusch auch Zeit, um seinen Körper und seine Kleidung sauber halten zu können. Bei einer täglich 17stündigen Arbeitszeit und 20—25 Mk. Lohn im Monat soll es aber schwer halten, immer in Gala zu erscheinen. Von diesem Monatslohn zieht aber Herr Wohltaemuth noch Krankentafelbeiträge und Mantogelder für fehlende Milchflaschen ab. Des Morgens um 5 Uhr steht Herr Wohltaemuth schon vor der Tür und wartet auf seine Leute, damit diese nicht ein Viertelstündchen länger schlafen. Am Sonntag dürfen die Kollegen von 5 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags arbeiten. Man muß sich wirklich wundern, daß sich die Polizei gar nicht darum kümmert. Da müssen sich eben die Kollegen selber helfen, indem sie sich Mann für Mann der Organisation anschließen.

Buchhändler- und Leipziger Handelskammer. Ueber die Arbeitszeit im nichtöffentlichen Handel und ihre Regelung ist vom städtischen Amt in Berlin der Kammer eine Aufforderung zugegangen, Erhebungen hier anzustellen. Die Kammer hat auch, wie der Referent selbst mittelste, eine größere Anzahl von Geschäftsinhabern gehört, die sich alle streng dagegen verhalten haben, daß an dem gegenwärtigen Zustande etwas geändert werde. Die Arbeitszeit betrage höchstens 10 Stunden und eine Festlegung würde die Dispositionsfreiheit des Kaufmanns einschränken; das könne er sich im Interesse des Handels nicht gefallen lassen. Sineu kämen besonders in Leipzig die Ausnahmeverhältnisse wegen der Weisen. Das Amtvorschreiben der Kammer an das städtische Amt in Berlin war denn auch in diesem Sinne abgefaßt und enthält außerdem die Behauptung, daß die Arbeitszeit im nichtöffentlichen Handel 8—10 Stunden täglich in Leipzig nicht überschreite, eine

gesetzliche Regelung halte die Kammer überhaupt für unbrauchbar.

Wenn in dem Schreiben der Handelskammer an das Reichs-Städtische Amt gesagt wird, daß die Arbeitszeit im nichtöffentlichen Handel 8—10 Stunden täglich nicht überschreite, so ist das eine Behauptung, die aber auch jeder Grundlage entbehrt; wäre dem so, warum sträubt man sich denn dagegen, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen?

Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, die wirtschaftliche Lage unserer Berufsangehörigen im Buchhandel einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. Vorausgeschickt wollen wir, daß die Organisation am Orte, genau wie die Handelskammer, Befragungen veranstaltet hat, nur mit dem Unterschied, daß wir Kollegen und nicht Unternehmer befragten, daher auch das entgegengesetzte Resultat.

In Leipzig wurden in 25 Buchhandlungen, darunter die bedeutendsten am Orte, 301 Berufsangehörige befragt; davon hatten 124 Kollegen in 10 Geschäften eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden, während in 12 Geschäften mit 174 Kollegen die Arbeitszeit mehr als 12 Std. betrug, in nur drei Handlungen mit 12 Kollegen betrug die Arbeitszeit weniger als 12, aber nicht unter 11 Std. täglich.

Sämtliche Befragten mußten außerdem längerer Arbeit verrichten, und schwante diese Uebergearbeit zwischen 1 bis 3 Stunden täglich.

In 22 Buchhandlungen wurde im Durchschnitt an 107 Tagen im Jahre länger gearbeitet und schwante zwischen 35 bis 200 Tagen im Jahre und an solchen Tagen durchschnittlich 3 1/2 Stunden.

Zu bemerken ist ferner noch, daß man häufig eine Frühstück- und Vesperpause nur dem Namen nach kennt, und sind die Kollegen gezwungen, während der Arbeit ihre P e m e z zu verdrücken.

Nicht nur Donnerstags, in vielen Geschäften auch Dienstags und Mittwochs, fällt die Mittagspause fort, da heißt es einfach, es muß durchgearbeitet werden.

Inzu kommt noch die Sonntagsarbeit vor Weihnachten, Ostern und während den Weisen, die häufig bis zu 8 Std. und darüber ausgedehnt wird.

Nun vergleichen wir diese Tatsachen mit der Behauptung der Handelskammer und gestatten uns die Frage: Wie ist es der Handelskammer möglich, ihre Behauptung mit der Wahrheit in Einklang zu bringen?

Bei den Buchhändler-Marktforschern ist es sprichwörtlich: wir haben die englische Arbeitszeit, täglich sogar zweimal.

Auf die Verhältnisse der übrigen Branchen einzugehen, müssen wir uns aus Mangel an Raum verzeihen, bemerken jedoch, daß sie den vorstehenden ziemlich ähnlich sehen; Engros-Geschäfte, wo eine stündige tägliche Arbeitszeit herrscht, müssen in Leipzig mit der Laterne gesucht werden.

Wenn der Referent der Handelskammer erklärt, daß eine große Anzahl von Geschäftsinhabern sich streng dagegen verhalten habe, daß an den gegenwärtigen Zuständen etwas geändert werde, so ist das leicht erklärlich; führen doch diese Zustände dahin, daß der Selbst des Unternehmers eine immer größere Rührung erfährt, während die Arbeiter in der weitgehendsten Weise ausgebeutet werden, wie aus folgendem Beispiel ersichtlich ist: Bei einer Buchhandlung beträgt die tägliche Arbeitszeit 18 Stunden. Am 138 Tagen im Jahre wurde täglich 6 Std. länger gearbeitet, d. h. an 24 Sonntagen und zwei Feiertagen 2 Std. Dieses ergibt eine Längerarbeitszeit von 880 Std. im Jahre. Für diese Zeit wird nichts gezahlt! Doch dafür gibt es 100 Mk. Weihnachtsgeschenke, kommt also auf die Stunde 11 1/2 Pf., und das müssen sich die Kollegen noch bedenken. Ist das nicht die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in höchster Potenz? Weidlich legen die Verhältnisse in fast allen Buchhandlungen, nur mit dem Unterschiede, daß nur 50, 60 oder 80 Mk. Gratifikation gewährt wird. Auch die Löhne sind sehr veresserungsbedürftig. 12, 15, 16—20 Mk. pro Woche sind keine Seltenheiten.

Angesichts dieser traurigen Zustände muß man fragen, wann werden die Buchhändler-Marktforscher aus ihrer lethargie erwachen?

Ein Reiches wäre es, bessere Verhältnisse zu schaffen, würden die Kollegen sich mehr um die Fabne der Organisation kümmern; so wird geschimpft und resigniert, findet aber eine Verarmung statt, so glänzt die große Waffe durch Abwesenheit.

Sehr nötig ist es auch, daß die Kollegialität unter den Buchhändler-Marktforschern mehr gepflegt und das Zusammengehörigkeitsgefühl geweckt wird.

Jeder Einzelne muß mitarbeiten, agitieren und organisieren, denn dem Unternehmertum im Handelsgewerbe muß jeder subtile Sozialreform erst abgerungen werden.

Erfülle ein Jeder seine Pflicht, dann ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch im Buchhandel menschenwürdige Zustände ihren Einzug halten.

München. Am Samstag, den 10. Oktober, protestierte eine große Versammlung der hiesigen Handelsarbeiter gegen die Stellungnahme der Münchener Handelskammer zum 6 Uhr-Postschluß. Zu der Versammlung war der Referent der Handelskammer, Herr Albert, schriftlich eingeladen, aber, wie der Einberufer mittelste, nicht erschienen. Der Referent der Versammlung machte es sich zur Aufgabe, die Frage des 6 Uhr-Postschlusses möglichst objektiv zu untersuchen und suchte aus, daß die Handels- und Gewerbetammer, die von der Generaldirektion zur gutachtlichen Zeugnung aufgefordert wurde, die Sache von einem äußerst rüchständigen Standpunkt aus betrachtet habe. Redner erörtert eingehend die Darlegungen des Herrn Albert, der dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter das Recht absparch, sich mit dieser Sache zu befassen. Von dem Zentralverband mit großer Gewissenhaftigkeit veranstaltete Enquete habe er als unzuverlässig bezeichnet, obwohl die Generaldirektion sich von der Richtigkeit dieser Ziffern jedenfalls überzeugt hatte. Herr Albert habe sodann den Versuch gemacht, die Organisation der Handelsarbeiter zu misgreditieren, indem er auf die verhältnismäßig geringe Anzahl der Mitglieder hinwies, obwohl er selbst

wissen mußte, welche Schwierigkeiten dem Verbands durch einen Teil der Prinzipale bereitet werden. Der Referent der Handelskammer habe auch behauptet, es sei eine plötzliche Unnahbarkeit, daß an Sonntagen die Bader und Ausgeber nachmittags von 5-6 Uhr viel zu tun hätten, der Posthalter werde um diese Stunde lediglich um der Soldaten und Dienstmädchen halber geöffnet. Es sei aber Tatsache, daß an Sonntagen nachmittags von 5 bis 6 Uhr eine ganze Reihe von Geschäften hunderte von Paketen aufgabe. Auch die Diskussionsredner der Handels- und Gewerbekammer haben einen ähnlichen rückständigen Standpunkt eingenommen. Es wurde nun allerdings die Verordnung erlassen, daß nach 6 Uhr eine Person nicht mehr als 10 Pakete aufgeben darf. Die Firmen müssen aber diese Verordnung dadurch zu umgehen, daß sie statt eines Ausgebers einfach alles verfügbare Personal abends mit den Paketen zur Post schicken. Einer der Diskussionsredner habe sogar ausgerufen, das ist die Erziehung zum Massenkampf. Man scheue sich also nicht, eine Bewegung, die dem allgemeinen Interesse diene, mit den schäblichsten Mitteln zu schädigen. Weiter von Referenten noch von den Diskussionsrednern sei auch nur mit einem einzigen Worte auf diejenige Bezug genommen worden, die die Befreiung dieser Mischlande wünscht; das sind eben bloß Arbeiter, die kein Recht haben, mitzusprechen. Aber nicht allein die Bader und Ausgeber, auch die Kommiss und alle Bahndienstleistungen hätten ein großes Interesse an 6 Uhr-Vollschluß. Selbst der „Konfektionsrat“, ein Unternehmerratsrat, tritt für den 6 Uhr-Vollschluß ein. Redner kommt zu dem Schlusse, daß eine Sache, die von idealen Motiven getragen sei, noch nie in unangenehmlicher Weise behandelt worden sei, wie dies durch Herrn Albert und die Handelskammer geschehen sei und hofft, daß die Generaldirektion der Posten sich hierdurch von ihrem festigen, wohlwollenden Standpunkt nicht abbringen lassen werde. Nach einer lebhaften Diskussion, in der einerseits die Notwendigkeit des Ausbaues der Organisation betont wurde, andererseits das Bedauern des Herrn Albert rüchichtslose Kritik erfuhr, wurden folgende zwei Resolutionen angenommen:

Die heute, den 10. Oktober, in den Zentralfällen tagende, von Angestellten des Handels- und Transportgewerbes zum besuchte Versammlung erhebt entschiedenen Widerspruch gegen die Vorlesungen, die Herr Albert in Sachen des 6 Uhr-Vollschlusses für Paketannahme in der oberbayerischen Handelskammer gab, da sie die tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen. Ebenso entschieden protestieren die Versammelten gegen die Art und Weise, in der die Vertreter der Handelskammer, wohl infolge des Mangels an sachlichen Gründen, die Arbeiter, insbesondere die im Zentralverband organisierten, als minderwertige heberische Personen zu misshandeln versuchten, um dadurch deren beschleunigten Wunsches zu vereiteln. Die Versammelten, die nach wie vor durchdrungen sind von der unabwiesbaren Notwendigkeit der Einführung des 6 Uhr-Vollschlusses, anerkennen das im wohlwollenden Gegenstande zur oberbayerischen Handelskammer bestehende Bestreben der Generaldirektion der Posten, dem Wunsche der Angestellten entgegenzukommen, und geben sich der frohen Hoffnung hin, daß durch die Unterstellungen und Verdächtigungen der Handelskammer dieser wohlwollenden Bestimmung kein Abbruch bereitet wurde, sondern vielmehr die baldmöglichste Durchführung dieser im allgemeinen Interesse liegenden Maßregel in die Wege geleitet wird. Die Versammlung beauftragt die Geschäftsleitung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, das Reklamat der heutigen Beratung in geeigneter Weise der Generaldirektion der Posten zu übermitteln.

Die zweite, von den Handelsangestellten unterzeichnete Resolution lautet:

Die in der Versammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zahlreich anwesenden Handlungsgehilfen geben hiermit die Erklärung ab, daß die Informationen des Handelskammer-Referenten Herrn Albert in Bezug auf den Wunsch der Handlungsgehilfenschaft betriffs 6 Uhr-Vollschlusses vollständig falsche sind. Die Handlungsgehilfenschaft Mündens ist an der Einführung des 6 Uhr-Vollschlusses sehr interessiert und schließt sich den Forderungen des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an. Die Handlungsgehilfenschaft Mündens spricht weiter ihr Bedauern über die rückständige Stellung des Handelskammer-Referenten aus, umso mehr, als Herr Albert gleichzeitig Vorsitzender des Kaufmännischen Vereins ist, dem eine große Anzahl Handlungsgehilfen angehört, die sich durch diese Stellungnahme schwer geschädigt fühlen.

Am Schlusse der Versammlung erklärt der Einberufer nochmals, daß Herrn Albert der Vorwurf der Lüge und der Uebertreibung solange treffe, bis er einen gegenteiligen Beweis hierfür erbringe.

Forzheim. Die Kommissionsräte Forzheims, die bei der denkbar schlechtesten Bezahlung eine überaus lange Arbeitszeit haben, beschickten sich in einer im „Eisoli“ abgehaltenen Versammlung mit den 6 Uhr-Vollschluß. Die rege Diskussion nach dem Referate des Kollegen Kopf-Frankfurt a. M. bestätigte auch hier dieselbe Ansicht, daß die Herren Gessls mit Erledigung der Post bis spät abends warten, und die Kommissionsräte nach Schluß des Geschäfts noch stundenlang auf der Post stehen müssen, auf Abfertigung ihrer Pakete wartend. Infolgeder hochentwickelten Holzwarenfabrikation steht Forzheim mit an erster Stelle in Verband von Wertpaketen, und ist es deshalb ganz klar, daß sich durch Vornahme der Pakete aus Gram und Quittierung derselben die Expedition im Gegensatz zu gewöhnlichen Paketen noch bedeutend verlangsamt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Erringung eines früheren Vollschlusses ist geradezu Lebensbedingung für die Forzheimer Handelskammerarbeiter. Ein Herr Postsekretär, der sich an der Debatte beteiligte, sprach seine Sympathie mit den Bestrebungen der Kommissionsräte aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Oberpostbehörde die Vorteile eines früheren Vollschlusses einsehen und der

Eingabe Folge leisten dürfte. Eine Resolution, in welcher der Vorstand der Forzheimer Filiale beauftragt wird, bei der Oberpostdirektion Karlsruhe den 6 Uhr-Vollschluß zu beantragen und mit der nötigen Begründung zu versehen, fand einstimmig Annahme.

An den Kommissionsräte liegt es nun, treu zum Verband zu halten, durch mündliche Agitation denselben zu stärken und nicht locker zu lassen, bis die in der Versammlung zutage getretenen Wünsche erfüllt sind.

Brenzlau. Der Regierungspräsident ordnete an, daß die offenen Verkaufsstellen der Konfektions-, Manufaktur-, Tuch-, Kurz-, Weiß-, Woll-, Fuß-, Pelz-, Putz-, Mägen-, Filzwarenbranche in Brenzlau das ganze Jahr hindurch von 8 Uhr abends ab geschlossen sein müssen. Für die Uhrmacher, Juweliere, Buchhändler und Buchbinder besteht der gesetzliche 8 Uhrschluß schon seit zwei Jahren, die Eisenhändler schließen freiwillich um dieselbe Zeit. Die bedeutende Kolonialwarenhandlung H. W. Korb schließt gleichfalls seit mehreren Jahren ihr Geschäft um 8 Uhr.

Straßenbahner.

Willst Du ein Straßenbahner werden?

Willst Du ein Straßenbahner werden, So nimm, mein Freund, die Lehre an: Kein schöner Loos gibt's auf der Erde, Wie bei der großen Straßenbahn. Denn solche schönen grünen Kragen, Das nur die Straßenbahn allein, Auch gold'ne Treppen darfst Du tragen Und blanke Knöpfe gleich zwei Reih'n.

Willst Du ein Straßenbahner werden, Laß Dich belehren, lieber Mann, Und schaffe Dir, mach's auch auf Beschwerden, Erst einen andern Wagen an. Und hofft Du dann das Ziel erlangen, Wonach Du Dich schon lange sehnst, Wird's auch nicht über Dir genossen, Wenn Du Dir's Essen abgewöhnst.

Willst Du ein Straßenbahner werden, Gewöhne Dir das Trinken ab, Es macht Dir Aerger und Beschwerden, Und bringt Dich in ein frühes Grab. Und fängst Du gar noch an zu saufen, Wirdst Du bei uns wohl nimmer alt, Um in die Kneipen oft zu laufen, Dazu reichst nimmer Dein Gehalt.

Und bist Du es denn nun geworden, So trich' und winst' wo Du kannst, Dann hängt gar bald man einen Orden, Mein lieber Freund Dir an den Waden, Und wird getreilt, dann sollst Du fahren, Fällt es im Stillen Dir auch schwer, Doch brauchst Du nimmer lange barren, Man macht Dich bald zum Kontrolleur.

Und bist Du in den Dienst getreten, Mein Freund, es kann nicht anders sein, Da bist kein Singen und kein Beten, Du mußt sofort in den Verein. Dann wirbst Du unter Bahnen wandeln, Kommt fröhlich in die Zukunft schau, Auch darfst Du mit Kamotten handeln Und den Kollegen welche kauen.

Und willst Du Straßenbahner bleiben, So treibe keine Politik, Nicht lang entgeh' Dein böses Treiben, Der Vorgesetzten scharfem Blick, Und kommt die Wahl, darfst Du nicht fehlen, Doch eines merke Dir, mein Sohn, Du darfst nur Kandidaten wählen, Bestimmt von hoher Direktion.

Verlange nie nach Amt und Würden, Und werde nicht Vertrauensmann, Denn alles dies ist schwere Bürden, Die nicht ein jeder tragen kann. Und wirst Du frech, so laß Dich's wissen, Wer es zum Auefersten gar treibt, Der wird ganz einfach rausgeschmissen Und kann dann sehen, wo er bleibt.

Komm nicht den Vorgesetzten dämlich, Wenn sie Dich einmal angerant, Bedenke, daß Du allseit nämlich, Dasselbe einmal werden kannst. Damit, wenn Du was ausgefressen, Die Sache nicht so schlimm erdchein, So halte stets, nicht zu verfallen, Den Hofverwalter Dir zum Freund.

Gez' nie mit schmeichehaften Worten, Spendeire Bier und Brantwein, Dem Oberwärdner und Konforten, Die können Dir gefährlich sein. Und die man dort kann schreiben sehen, Die tüchtigen Herren im Bureau, Vor denen halt Du stramm zu stehen, Sind sie auch faul und dumm wie Stroß.

Bist Du zu Ende, mußt ich danken, Für dieses, was Du mich gelehrt, Doch meine Hoffnungen, sie sanken, Nachdem ich alles hab' gehört. Ich dank' für Sterne und für Treffen, Und für der gold'nen Knöpfe Glanz, Denn hab' ich einmal nichts zu essen, Dann nuch mir auch kein Feilschanz.

Nicht kann ich, wie es Mode, heucheln, Denn dieses war der reine Hohn, Kann nicht dem Hofverwalter schmelzeln, Der steht, wie ich, in Brot und Lohn. Und wenn sie fürlich auch bekommen, Dreihundert Mark auf einen Fied, Kann nimmer ein Verein in frommen, Der solche Mittel wählt zum Zweck.

Nicht sage ich nach Amt und Titel, Denn mein Beruf ist hart und schwer, Nicht freib' ich nach dem langen Mittel, Will nimmer werden Kontrolleur. Denn diese Reuter, laß Dir sagen, Es reicht wohl nimmermehr zum Ruhm, Sind Blüten, das ist zu beklagen, Vom Heuchler- und Schmarozertum.

Nun Schluß, mein Lieb, es ist zu Ende, Und weiter zieh' ich in die Welt, Eh' man noch schließlich in die Hände, Des Dauerredners Kotze fällt. Doch grüße mit die ganze Liique, Die meiner noch gedenken soll, Und nimmer sehn' ich mich zurücke, Denn sieh' — ich hab die Nase voll.

Fidelitas.

Das erste Opfer der Angebertalke der Leute im Direktionsverein ist der Kollege, Schaffner Hierdt, gemachregelt worden. Im vorigen Jahre bereits haben Kadler und Genossen — die Namen letzterer kann die „Straßenbahn“ bei der Direktion erfahren — durch ein Schriftstück an die Direktion das Ansuchen um Entsetzung des ihnen mißliebigen Hierdt gestellt. Hierdt wurde damals veretzt. Kurz vor den Vertrauensmännerversammlungen wurde B. auf die Kammer geschickt, um nicht als Vertrauensmann gewählt werden zu können und jetzt wurde er wegen angeblicher Beleidigung von Vereinsmitgliedern entlassen. Kollegen! Ihr seht also hier, wie es gewisse Leute treiben, hütet Euch vor ihnen. Seid vorsichtig, die Spione umgeben Euch auf Schritt und Tritt. Ueberläßt es den Verbandsbeamten, das Deminuziantengesinde, das die eigenen Kollegen auf niedrigste Weise aus Lohn und Brot zu bringen versucht, zu züchtigen. Weht jedem verdächtigen Burschen zehn Schritt aus dem Gehege.

Die „Straßenbahn“ leistet in ihrer letzten Nummer wieder Virtuosen im Verdrehen von Tatsachen. Da wird zuerst über eine Geldentlast des Herrn Oberpächler berichtet, der mit seinem Geholge bei der letzten Vertrauensmännerversammlung ausgetreten ist. Der Herr weiß ausnehmend nicht, daß es parlamentarischer Brauch ist, daß, sobald einem Redner das Wort erteilt, einem anderen nicht zur Geschäftsordnung dazwischen das Wort gegeben werden kann. Die Herren suchten augenscheinlich nach einer Ursache, um sich zu drücken, wissend, daß sie es an Schlagfertigkeit mit unseren Kollegen nicht aufnehmen können, den besseren Teil der Tapferkeit erwählten. Wemerten wollen wir noch, daß die Gefolgshäuf des Herrn Oberpächler sich nicht mal auf alle Vereinsangehörige erstreckte.

Die „Straßenbahn“ will es durchaus nicht wahr haben, daß ihre Leute bei der Vertrauensmännerversammlung eine glänzende Niederlage erlitten, nun die Tatsachen sprechen nur zu deutlich und lassen sich nicht mit allerhand Sophistereien hinwegschwindeln. Gegen ihre Ideen ist aber schlecht etwas auszurichten. Die „Straßenbahn“ muß ja von einem Siege leben, sonst laufen die Gläubigen alle nach zum Verbands. Der Verband soll sich schon in der Delegation befinden, und dabei beklagt man sich, daß er die Positionen des Direktionsvereins fürnehmlich denn je angreift. Man scheint also augenscheinlich absichtlich die Bezugs- und Dinge zu verwechseln. Die „Straßenbahn“ faßelt vom blinden Fanatismus der zielbewussten Proletarier. Nun, wer zielbewußt ist, ist gewiß nicht blind, denn ein Blinder kann nicht zielbewußt sein, weil er ja kein Ziel sehen kann. Nur nicht gar so viel kompletten Wödsinn schreiben liebe Kollegen, es gibt schließlich auch im Verein noch Leute, die doch ein bißchen darüber nachdenken. Der Versuchshäufel, den die Straßenbahn pflegt, hat für denkende Menschen im 20. Jahrhundert nur ein patalogisches Interesse.

Uns soll es recht sein, wenn sich bestimmte Leute im indischen Kastengeist wohl fühlen, weil ihr geistiger Horizont eine höhere Anshauung nicht zuläßt. Eine besondere Karität der Spezies homo scheint ja der Herr Kreischar zu sein, der sich zu der Anshauung „hinan“ geschwungen hat, er sei ein besserer Mensch, als die Verbandsmitglieder es sind. Es rappelt bei dem Herrn ein wenig. Es erinnert dies uns an das Gleichnis des großen Nazareners von Phariseer und Zöllner. Ja, wer sich selbst erhebt, der wird erniedrigt werden, wird doch nun schon seit zwei Jahrenlang gepredigt!

Bessere Menschen! Welch niedriger Gedanke!

Alle Menschen gleichgeboren sind ein abelig Geschlecht. So mancher schlichte Arbeiter, der nur eine blaue Blause und keinen Klaveroock trägt, wird, das wissen wir sicher, mit den Beamten bei der Straßenbahn auch in Punkte Einkommen nicht tauschen wollen.

Unsere letzte Nummer hat augenscheinlich unter den Helden des Direktionsvereins so gewirkt, daß sie in ihrer Angst nicht mehr mit, was sie tun. Dafür ist die neueste Straßenbahn das klassische Zeugnis. Die Verbundumung an gros will sich dann der Beledung des bösen Courrier lo garnicht recht durchführen lassen.

Die „Straßenbahn“ verlangt immer, wir sollten doch endlich mal einen der Herren Terroristen und Angeber nennen. Wir hätten noch die Namen genannt. Dabei passiert ihr einige Zeilen später das Wahrer, dem von uns genannten Herrn Fischeke eine Mohrenwäde angedelben zu lassen und wo widerlegt die gute Straßenbahn immer ihre Schwindeleien selbst. Wie weit es mit den Leitern im Verein schon gekommen ist und wie sehr sie im Druck sind, geht daraus hervor, daß der Schaffner Hierdt in der „Straßenbahn“ zufällig angestrichelt wird, doch nicht mehr länger böse zu sein. Ob Hierdt auf solches Anschmarzen die rechte Antwort findet, die in einem Futurist bercht? Den Verbandsmitgliedern droht man mit Ausschuß aus dem Verein. Nun, die Verbandsmitglieder lassen sich darüber keine grauen Haare wachsen, denn sie wissen aus Erfahrung, daß man den nötigen Mut hierzu im Direktionsverein nicht besitzt.

Den Terroristen im Verein der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn zur Lehre! Die Webern einer Firma in Peinigen war zugemutet worden, daß sie eine außerhalb ihrer Obliegenheit liegende Arbeit ohne Entschädigung verrichten sollten, das brachte

die Leute so auf, daß sie — bisher außerhalb der Organisation stehend — sich dem Textilarbeiter-Verband zum größten Teile angeschlossen. Nur der Weber Höppler erklärte sich nicht bestimmt und ihm folgte nun der Weber Zichneke gefolgt haben: „Wenn Du nicht unter den Verband gehst, so ehren wir Dich nicht mehr!“ Er selbst gab zu, gelangt zu haben: „Wenn Sie nicht unter den Verband gehen, heißt ich Ihnen nicht mehr!“ Das Gericht nahm auf die Aussage des angeblich beleidigten und eines noch nicht 16 Jahre alten Dienstmädchens hin an, daß die erste Besatz die richtige sei und verurteilte J. zu vierzehn Tagen Gefängnis. Begründet wurde unter anderem gesagt: Der Tatbestand der Beleidigung liege vor. Der Arbeiter habe oft nichts weiter als seine Ehre, werde ihm diese von seinen Arbeitskollegen genommen, so werde ihm die Arbeitsstätte zur Hölle.

Unsere Kollegen haben und werden niemals durch Drohungen dem Verbands Mitglieder zu werden versuchen. Leute, die nicht aus Überzeugung unserer Organisation angehören, sind für dieselbe wertlos.

Wir haben bisher auch immer geschwiegen, wenn Hofverwalter und sonstige Leute mit der Entlassung drohten, falls ihre Untergebenen nicht dem Verein beitreten wollten. Da es verschiedene Herren in der letzten Zeit gar zu arg treiben, werden wir in allen solchen Fällen der Staatsanwaltschaft Mitteilung machen. Das gleiche wird auch geschehen, wenn noch Leute versuchen sollten, unsere Verbandsmitglieder durch Androhung von Nachteilen zum Austritt aus dem Verband zu zwingen. Jeder wehrt sich seiner Haut. Da alle Beschwerden nutzlos sind, müssen wir uns selbst zu helfen suchen.

Kasse. Die hiesigen Straßenbahner hatten alle ihre Hoffnungen auf Einführung des Winterfahrplans gesetzt, indem sie glaubten, mit der Einführung desselben würde auch die Verkürzung der Arbeitszeit vor sich gehen, dergleichen, daß die Direktion diesen und jenen Wünschen der Angestellten Rechnung tragen würde.

Leider sind wir heute gezwungen, zu konstatieren, daß mit der Einführung des Winterfahrplans nichts zu Gunsten der Angestellten geschehen ist; die Dienstzeitung ist nicht nur dieselbe geblieben, sondern die freien Tage sind noch weniger als bisher geworden, indem es anstatt bis jetzt alle 8 Tage in Zukunft nur alle 9 Tage einen freien Tag gibt. Desgleichen sind die Pausen verkürzt worden, dagegen hat man die Karenzzeit, in welcher ein Führer den Höchstgehalt von 100 Mk. pro Monat erhält, von 10 auf 7 Tage herabgesetzt, dafür wird nun die Direktion von dem Wähler des Vortragsvereins (wie die hiesigen Straßenbahner den Verein der Direktion gekauft haben) als die Beste aller Straßenbahndirektionen gelobt. Daran freilich, daß jenen ein Führer in die Tage kommen wird, diesen hohen Verdienst von 100 Mk. zu erhalten, scheinen diese Herren im Geiste nicht zu denken. Diese Herrschaften haben eine riesige Angst vor dem „Schaffner“; meinte doch neulich der Leiter des Vereins, Schaffner Schmidt und Schuhmann a. D., er dürfe nicht so viel sagen, sonst würde er wieder in dem ver. „Courier“ in ganz Deutschland herumgetragen. Ja, Herr Schmidt, das kommt davon, wenn man das Wohl seiner Kollegen mit Füßen tritt, anstatt daß man zu diesen hält, wie es von jedem ehrlichen Menschen erwartet werden sollte. Hierbei möchten wir die Kollegen Straßenbahner gleichzeitig auf den Schaffner Wolfenand hinweisen; dieser gute Mann hat seine Bekanntschaft mit unsern Vertrauensmann dazu benutzt, um für die Direktion Nachträge zu erlangen; unsere Kollegen sind also gewarnt. Wolfenand aber mag sich damit trösten, daß er allernächst den Denunziantenorden mit Jubelschreien erhält, welcher nach Warenart am Ringe durch die Nase zu tragen ist. Wir werden den Spender dieses Ordens auf alle erdymöglichen Gestalten der Kasse Straßenbahn aufmerksam machen, damit ein jeder das erhält, was ihm gebührt.

Den organisierten Straßenbahner aber rufen wir zu, haltet fest an der Organisation, laßt Euch durch keine Einschüchterung dazu bewegen, der Organisation untreu zu werden.

Rhin a. Rh. Zu den schlechtest gestellten Straßenbahner gehören unstrittig die Kollegen in der rheinischen Großstadt Köln. Im Frühjahr 1903 nun raffte sich ein Teil der Fahrer auf und eruchten um eine Gehalts-erhöhung, da sie mit dem Gehalt unmöglich auskommen konnten. Die Antwort ist nun endlich nach einem halben Jahre dahingehend erfolgt, daß das Gesuch an die maßgebende Instanz abgelehnt sei. Eine derartige „befriedigende“ Antwort hatten die Straßenbahner nicht erwartet. Nun hat es wieder gute Zeit bis zur nächsten Antwort; wenn die Straßenbahner nicht andere Maßnahmen ergreifen, dürfte die nächste Antwort eine noch größere Enttäuschung bringen. Wie werden nun die Kölner Straßenbahner entlohnt? Das Anfangsgehalt beträgt für Fahrer 8,50, für Schaffner 8 Mk. pro Tag. Jedes Jahr steigt dieses Reisengehalt um 10 Pf. pro Tag, bis nach 10 Jahren das Höchstgehalt erreicht ist.

Von diesen Gehältern gehen die freien Tage ab, jeder 8. bis 10. Tag ist ein solcher. Ferner gehen ab pro Tag (auch für die freien Tage) 10 Pf. Kleinergehalt und 12 Pf. Beiträge für Krankentafel usw., so daß bei einem Monatslohn von 90 bzw. 98 Mk. der Kölner Straßenbahner alle 14 Tage schwer beladen mit zickta 89 Mk. nach Hause gehen kann, vorausgesetzt, daß er Glück hatte und keine Strafe zu bleiben brauchte.

Ein Reisengehalt fürwahr, den eine große Anzahl Arbeiter in einer Woche verdienen. Es wäre wirklich nicht zu viel verlangt von einem so großen kommunalen Unternehmen, welches Millionenpreise abwirft, wenn die im schweren Dienst stehenden Angestellten ein Minimalgehalt von 90 bzw. 98 Mk. erhielten, d. h. das jetzige Gehalt ohne jeglichen Abzug.

Wie es die Angestellten fertig bringen, bei den unerschwinglich hohen Miet- und Nahrungsmittelpreisen auszukommen, ist ein Rätsel, zudem denselben noch vorgeschrieben wird, möglichst in der Nähe der Depots zu wohnen.

Auch lassen die Steuerzettel nicht so lange auf sich warten als die Lohnzahlung. Der Dienst ist in vielen Fällen nicht human verteilt und wäre bei etwas gutem Willen es ein leichter Mühsal zu schaffen. Sehr oft ge-

nügen die Pausen kaum, um einen durchnässten und durchfäulerten Körper aufzuwärmen. Dann sind die Angestellten oft auf Wirtschaften angewiesen, was wieder mit erheblichen Gebührensabgaben verknüpft ist, die der Familie naturgemäß abgezogen werden. Bei den „hohen“ Gehältern wird dies doppelt schwer empfunden. Der große Wechsel des Personals sollte der Direktion ein Ansporn sein, die Verhältnisse zu verbessern, es läge das im Interesse des Betriebes und im Interesse des fahrenden Publikums, einen festen sicheren Stamm von Angestellten zu haben. Die Kassennummern, welche diesen Sommer für das fortwährende Anlernen von Ersatzleuten verbraucht wurde, wäre besser verwendet zur Aufbesserung der Gehälter, der Wechsel im Personal würde um ein bedeutendes verringert.

Oder hat die Direktion andere Gründe bei der Anlernung von Ersatzmannschaften? Ein gutes Gewissen scheint dieselbe ja ohnehin nicht zu haben, sonst würden in letzter Zeit nicht so viele Hilfskräfte angestellt worden sein. Man erwidert nicht den Angestellten den Dienst und entlohne dieselben anständig, dann ist diese übergroße Beaufsichtigung ein überflüssig Ding. Die Kontrollen würden dann nicht ihrer Laune gehorchen, die Angestellten bei den wichtigsten Verordnungen in Gegenwart des Publikums rümpeln usw.

In einer nationalliberalen Versammlung kam ein Herr Stieg auf das Trinkgeldwesen zu sprechen und fiel hierbei die Meufurung von der guten Haltung der Straßenbahnangestellten, ferner daß die Stadt ja keine Trinkgelber verlange und die Angestellten auskömmlich bezahle. Das ist so recht nationalliberale Arbeiterfreundlichkeit. Wollen die Straßenbahner eine ganz harmlose Annonce im „Stadt-Anzeiger“ aufgenommen haben, werden erst Ausweisepapiere (Militärpaß, Steuerzettel) verlangt, sind diese beigebracht, ist es eine große Frage, ob der Aufgeber Gnade findet. Die professorale Weisheit des Vorkrisen der Nationalen geht eben nicht so weit, daß sie herausfindet, warum die Schaffner um 50 Pf. schlechter entlohnt werden als die Fahrer, doch wohl, weil die Stadt keine Trinkgelber verlange.

Daß 76 Mk. pro Monat eine „auskömmliche“ Bezahlung sei, mögen die Herren glauben, die Straßenbahner sind anderer Meinung. Diese Herren Weisheitsprediger mögen doch nur acht Tage das Kateder verlassen und sich bei Wind und Wetter auf einen Straßenbahnerposten stellen, ihr Urteil fiel, dann auch ganz anders aus. Daß die Haltung der Straßenbahner eine mangelhafte ist, unterschreiben wir, daß es aber trotz aller Mühsal und Aufmerksamkeiten zu Kollisionen mit der Behörde und den Gerichten kommt, lehnt uns ein Bericht in einer Nummer des „Stadt-Anzeigers“, wonach ein Straßenbahnschreiber wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes durch eigenes Verschulden zu 30 Mt. Geldstrafe verurteilt wurde.

Auch hätten die Herren über eine zweite Verurteilung zu einer harten Haftstrafe berichten müssen, dies paßt ihnen aber nicht in den Kram, deshalb wird es weggelassen.

Ob nun die Straßenbahner von Köln die richtigen Konsequenzen ziehen und ihre wahren Freunde erkennen werden? Oder sollten die heldenmütigen Bewegungen der Berliner, Dresdener, Hamburger Kollegen spurlos, ohne jeden Einbruch, an Ohren vorübergegangen sein? Die Verwaltung der Kölner Bahnhöfe des Verbandes hat es an nichts fehlen lassen, um die Straßenbahner von all diesen Vorgängen zu unterrichten. Es ist an der Zeit, daß die Kollegen über die Erwägungen endlich hinweg sind und zur Praxis übergehen: sich dem mächtigen Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anschließen. Erst dann, aber auch erst dann wird es möglich sein, den Wünschen der gesamten Kollegen mit Nachdruck Geltung zu verschaffen.

Damit dies recht bald geschehe, müssen sich alle Straßenbahner, ob jung oder alt, ob lange oder kurze Zeit im Dienst, sich organisieren, die Kollegialität pflegen, sich gegenseitig belehren und befeuern, dann wird auch die Zeit nicht ferne sein, wo hier in Köln bessere Verhältnisse plagregreifen. Deshalb schlägt in die dargebundene Hand, hinweg mit allen kleinlichen Gegenargumenten, denn nur der verdient die Freiheit, der sie mutig sich erkämpft.

Transportarbeiter.

Berlin. Eine große Protest-Versammlung, deren Beschlüsse sich gegen die hohen Strafen richteten, welche die Polizei in neuerer Zeit gegen die Kutscher verhängt, fand am Sonntag, den 11. Oktober, statt. Der Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle I führte referierend aus:

Je mehr der Straßenverkehr in Berlin zunahm, desto gefährdender und verantwortungsvoller wurde der Beruf der Kutscher. Besonders ist die fortgesetzte Ausdehnung und Vermehrung des Straßenbahnverkehrs für die Kutscher eine Ursache zu Zusammenstoßen und Verstärkungen geworden, woran die bestraften Kutscher oft ganz unschuldig waren. Eine besondere Härte war es, als mit der Einführung des elektrischen Betriebes im Straßenbahnverkehr auf diesen das Kleinbuhngesetz angewandt und selbst die unbedeutendsten Zusammenstöße eines Fuhrwerks, die sonst durch polizeiliche Geldstrafen geahndet wurden, vor die Strafrahmen kamen und zu schweren Verurteilungen der betreffenden Kutscher führten. In dieser Hinsicht scheint es in neuerer Zeit besser geworden zu sein. Die Kutscher werden nicht mehr so häufig vor den Strafrichter gestellt, die Polizei verhängt in den meisten Fällen die Strafen, die jetzt aber eine ungenügende, der Bedeutung der bestraften Handlungen durchaus nicht entsprechende Höhe erreichen. Einfache Uebertretungen der für den Fahrverkehr geltenden Polizeiverordnungen, die sonst mit Strafen von 3—6 Mk. belegt wurden, werden jetzt mit 20, 30, 40 Mk. für jeden Fall bestraft. Da der durchschnittliche Wochenlohn eines Kutschers 22—23 Mk. beträgt, so kann er natürlich so hohe Geldstrafen nicht bezahlen. Er muß also für je 5 Mk. einen Tag Haft oder Gefängnis abmahnen. Dies ist aber für den Kutscher, der 5, 6 oder 8 Tage abhilt, gleichbedeutend mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle, die in der Zeit natürlich durch einen anderen besetzt worden

ist. Keddner hat erfahren, daß der Polizeipräsident v. Borries durch Festsetzung der ungenügend hohen Strafen die Kutscher „bessern“, sie zu größerer Achtsamkeit veranlassen und dadurch die Verkehrssicherheit heben will. Eine derartige „Besserung“ kann durch das geschaltete Straffsystem nicht erreicht werden, deshalb würden die Kutscher ganz entschieden dagegen protestieren. Eine größere Sicherheit des Verkehrs könne aber wohl durch andere Mittel erreicht werden, nämlich dadurch, daß nicht, wie wir es erst kürzlich beim Streik der Omnibusangestellten gesehen haben, junge, orts- und verkehrsunkundige Leute ohne weiteres als Kutscher in den Straßen Berlins fungieren dürfen, und dann, daß die Kutscher in einer Fachschule für ihren Beruf sachgemäß ausgebildet werden. — In der lebhaften Diskussion wurde eine große Reihe von Eingefällen angeführt, welche zeigen, daß für ganz geringe Vergehen von Kutschern unproportionalmäßig hohe Strafen verhängt worden sind. So sind der Organisation der Droschkentaxifahrer von 51 Kollegen Mitteilungen zugegangen, wonach diese 51 in zwei Monaten (Mitte April bis Mitte Juni) insgesamt 1006 Mt. Geldstrafe oder 225 Tage Haft zubüßert erhalten. Einer derselben erhielt in einer Woche 3 Strafen von zusammen 93 Mt. oder 10 Tagen Haft. Ein anderer hatte für 2 Fälle in einer Woche 50 Mt. zu zahlen, wieder andere bis zu 60 Mt. in einer Woche. Dabei handelt es sich oft um Angelegen, von denen der Kutscher erst durch die Strafverfügung etwas erfährt. Wird gerichtliche Entscheidung beantragt, so ist fast immer das Zeugnis des Schuttmannes, der die Anzeige gemacht hat, ausschlaggebend. Oft handelt es sich ja nur darum, ob der Kutscher zu schnell oder zu langsam, zu weit rechts oder zu weit links, ob er mit einem zu großen oder zu kleinen Wagen um die Ecke gefahren ist, und dergleichen. Es hängt also ganz von der Ansicht des Schuttmannes ab, ob das Verhalten des Kutschers als strafbar angesehen wird oder nicht, und der Kutscher ist fast immer der Verurteilung schuldig.

Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung sieht in den in der letzten Zeit über einen großen Teil ihrer Kollegen verhängten hohen Geldstrafen (10 bis 40 Mt.) seitens der Polizei eine Härte, welche zu den meist geringfügigen Vergehen in gar keinem Verhältnis steht. Bei dem sich immer mehr steigenden Verkehr in den Straßen Berlins ist es für einen Kutscher unmöglich, allen in Frage kommenden polizeilichen Bestimmungen die nötige Beachtung zu schenken. Dies ist darauf zurückzuführen, daß bei der in den Fuhrwerksbetrieben und im Verkehrsgebiete überhaupt herrschenden langen Arbeitszeit (14—18 Stunden täglich) den Kutschern resp. Wagenführern nicht genügend Zeit zum Studium der diesbezüglichen umfangreichen polizeilichen Bestimmungen übrig bleibt. Die Versammlung sieht in diesen hohen Geldstrafen, welche nebenbei bemerkt bei ihrem geringen Einkommen gar nicht zu erschwingen sind, eine drakonische Maßnahme, durch welche sie und ihre Familien in eine bittere Notlage versetzt werden, nicht aber eine qualitative Besserung der Kutscher, da andererseits böser Wille nicht vorliegt. — Die Versammlung sieht auf dem Standpunkt, daß eine höhere Verkehrssicherheit nur dadurch herbeigeführt werden kann, daß seitens des lgl. Polizeipräsidiums dafür Sorge getragen wird, daß des Fahrens unkundige Leute nicht mehr in so großer Zahl wie bisher als Kutscher zugelassen werden. — Durch deren ungeschicktes Fahren werden alte erfahrene Kutscher nur in Mitleidenschaft gezogen. — Die Versammlung fordert, daß seitens der maßgebenden Faktoren für eine genügende fachmännische Ausbildung der Kutscher aller Branchen Sorge getragen wird und empfiehlt zu diesem Zweck die Errichtung einer städtischen Fahr- und Fachschule, deren Leitung einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berufes gebildeten Aufsichtskommission unterstellt wird.“

Wir haben doch gefleht beim Ausstand der Berliner Omnibusangestellten. Das Leit- und Wagenorgan der Omnibusgesellschaft, die alte verkümmelte „Zante Voh“, schrieb bei Beendigung des Streiks der Omnibusangestellten:

„Alle Lockungen, Drohungen und Großsprecherien des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands haben sich als eitel erwiesen. Der leichfertige hervorgerufene Kampf hat zu einer Niederlage der Ausständigen geführt. Diese Tatsache mag für zukünftige Fälle als Warnung dienen. Noch haben die sozialdemokratischen Organisationen nicht die Macht, den Arbeitgebern einfach ihren Willen aufzuzwingen. Und sie werden diese Macht auch in Zukunft nicht erlangen. Es darf erwartet werden, daß die Direktion, nachdem der Ausstand aufgegeben ist, weißerlag die Vergangene vergißt und die Angestellten, die an dem Ausstand teilnahmen, nach Möglichkeit wieder in Dienst nimmt. Diejenigen aber, die brotlos bleiben, haben dafür allein die Leiter des Verbandes verantwortlich zu machen. Sie trifft die Schuld wie für den Ausstand, so auch für dessen Folgen.“

Das war am Dienstag, den 6. Oktober. Am Freitag, den 9. Oktober, hatte die gute Zante — alte Leute sind begrifflicherweise etwas Kopf- und gedankenschwach — schon vergessen, was sie am Dienstag behauptet, und sie schrieb nunmehr, ihre Behauptungen vom Dienstag schmutztrats selbst widerlegend:

„Die den Kutschern und Schaffnern der Allg. Berliner Omnibusgesellschaft schon vor dem jetzt beendigten Ausstand bewilligten Aufbesserung der Gehälter bedeutet für die Gesellschaft eine jährliche Neuaufwendung von mehr als 100000 Mt. Die Gesellschaft hat mit ihren bisherigen Direktoren, die über ihrer Verwaltungstätigkeit die soziale Hintergrund freien lassen, den Vertrag auf glückliche Weise erfüllt und einen kaufmännischen Direktor an die Spitze gestellt, dem ein bisheriger Direktor der Neuen Berliner Omnibus-Gesellschaft zur Seite steht. Die

Direktion ist bemüht, das Ihrige zu tun, um Zufriedenheit unter den Angestellten zu verbreiten. Das Anfangsgelalt ist von 60 M. auf 75 M. erhöht worden und die eingeführte Gehaltssteigerung dürfte auch noch etwa 30 M. das Jahr für den Mann ergeben. Die Arbeitszeit von sechzehn Stunden erscheint zwar noch lange, aber einmal wird sie durch acht bis zehn Minuten lange Pausen unterbrochen, und dann stehen für fünf arbeitsfreie, aber bezahlte Tage im Monat gegenüber. Andererseits empfinden die Schaffner jede Verletzung der Arbeitszeit als einen Ausfall an Ertragsvermögen. Da ein großer Teil der früher ausständig Gewesenen die Arbeit wieder aufgenommen hat und auf den 24 Linien Regleerpennisse eingeführt werden, die den Angestellten zu gute kommen, so wird der Friede hoffentlich dauernd hergestellt sein."

Also nicht die Großsprechen der sozialdemokratischen Zentralverbände der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, sondern die Großsprechen der Schaffner in der Redaktion der guten Fortschrittsblätter haben sich als eitel erwiesen. Die Zante scheint sich also trotz ihres Methusalem-Alters auch manchmal mehr von Augenblicksstimungen als von tüdler Erwägung leiten zu lassen. Ja ja, Alter schilt vor Torheit nicht. Es ist gewiß bitter für das Freisinnblatt, jetzt zugeben zu müssen, unser Verband habe, die Sache objektiv betrachtet, denn doch gestimmt."

Scharfmacher, gewerkschaftliche Scharfmacher sollen wir sein. So behaupten unisono die „Vossische Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“, die „Post“, die „Neuesten Nachrichten“, die „Arbeitgeber-Zeitung“ und die „Straßen- und Kleinbahnzeitung“ anlässlich des Omnibusstreiks. Das gleiche plappert anlässlich des Bettener Streiks nunmehr auch die „Ostwaesendliche Zeitung“ nach. Sie schreibt: „Diejenige Partei, die eigentlich am meisten agierend wirkt, sind die Kutscher, weil der Berliner Transportarbeiter-Verband stets auf seine Mitglieder aufreißend wirkt, während der Löffelverband und der Arbeiterverband meistens zur Ruhe raten. Aus diesem Grund wäre es sehr angebracht, den Kutschern ein wenig zur Vernunft zuzureden, indem man dieselben zur öffentlichen Reue drängt, daß eine große Berliner Speditionsfirma sich bemüht, die Nachschiffe nach Berlin für ganz Welten zu übernehmen, wodurch den Fabrikanten in Zukunft eine große Ersparnis an Bespann ermöglicht würde.“

Andererseits werden wir von den Berliner Stadtkalen als Leute verdächtigt, die am liebsten mit dem Bürgerum patulieren und den Massenstempeln aufgeben möchten. Wer hat nun Recht? Natürlich keiner von beiden. Unsere Taktik, die durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse bedingt wird, gebietet uns „neellig die Marschroute, aber wir haben weder Lust zur Scharfmacherlei, noch sind wir gewerkschaftliche Weidwörter. Was uns gebietet, das ist Erfahrung, Vernunft und klarer Verstand und nur von diesen lassen wir uns zum Verger vieler nativer Leute bei unseren Handlungen leiten.

Wismar. Dem Rad der Zeit in die Speichen zu greifen und seinen Gang aufzuhalten versucht die Firma Weese & Lagemann hier. Dem Kollegen W., welcher in seiner freien Zeit für den Verband tätig war, wurde von dem Chef der Firma mit den Worten gefündigt: „Wenn Sie des Sonntags nicht Zeit genug haben um agitierten, so können Sie den Montag mit zur Hilfe nehmen.“ Es geht eben zum Winter und da bringen es die Unternehmer leicht über's Herz, die Arbeitseräfte, die im Sommer für sie geschuftet haben, aufs Wästel zu setzen. Nun, es wird ja auch mal wieder Frühling und dann, dann werden wir mal mit den Herren Arbeitgeberern sprechen. Herr Weese hat gewaltige Angst vor dem Verband; das geht daraus hervor, daß er zu den Kollegen meinte, „für Ihre 30 Mf. machen sich die Herren in Berlin und Magdeburg einen schönen Tag“. Ein Beweis dafür, wie schlecht er den Verband kennt. Uns scheint Herr Weese aber am meisten um seinen eigenen Geldbeutel besorgt zu sein. M. sollte wieder anfangen, wenn er dem Verbands-Valet sage. Nun ist aber M. einer der Kollegen, die ganz genau wissen, wo der Saie im Pfeffer liegt; er ließ sich um der schönen Augen des Unternehmers willen nicht verleiten, seine Organisation zu verraten. Drohungen des Herrn Weese, auch andere Kutscher noch zu entlassen, lassen uns kalt; diese werden nicht verkungen, dafür sorgt der Verband und eines schönen Tages wird die Firma froh sein, wenn sie noch einen Kutscher bekommt.

Bremen. Es giebt noch humane Arbeitgeber. Auch in Bremen, der Stadt mit den hohen Löhnen, der kurzen Arbeitszeit und der guten Behandlung. Zu diesen gehört unstreitig auch der Fabrikunternehmer Herr S. Clausen. Die dort beschäftigten Führer erhalten Lohn, zu Essen, Trinken und Schlafen. Sie leben also noch im guten alten patriarchalischen Verhältnis. Wenn Herr Clausen auch nicht hohe Löhne zahlt, so zahlt er doch überhaupt welche. Nach seiner eigenen Angabe erhielt der dort beschäftigte Fuhrmann Bauer 7,50 M. Wochenlohn. Am 4. September kam nun der Senfmann ganz plötzlich und reichte unsern Kollegen in die große Arme ein. Da der Kollege Bauer keine Angehörigen hatte, ging unser Bevollmächtigter zu Herrn Clausen und fragte diesen, ob er die Beerdigung in die Hand nehmen soll oder Herr Clausen den Fuhrmann beerdigen lasse. Unsere Kollegen waren nämlich der Meinung, daß es für den Arbeitgeber ein Verlust sei, da Bauer in der Krankenkasse war, große Unkosten nicht entstehen konnten, ihn bestatten zu lassen. Man glaubte auch, der Arbeitgeber würde es aus Pietät tun, da Bauer verschiedene Jahre dort beschäftigt war. Der Arbeitgeber erklärte aber, daß er den Fuhrmann nicht beerdigen lasse, daß dieses vom Armenwesen gesehen würde. Nun wurde Bauer auf Kosten des Verbandes beerdigt und auch alle Formalitäten erledigt. Als nun aber zwei Kollegen das Sterbegeld von der Krankenkasse haben wollten, wurde denselben bedeutet, daß die Kasse nur 40 M. zähle. Unsere Kollegen behaupteten jedoch, daß nach dem Verdienst des Bauers zu urteilen, 40 M. Sterbegeld zu zahlen seien. Von Seiten der Kasse wurde die Sache untersucht und nun stellte sich heraus, daß Clausen seine Arbeiter in der Kasse zu

niedrig versichert hatte. Dies mag wohl der Grund gewesen sein, weshalb Herr Clausen die Beerdigung nicht in die Hand nehmen wollte. Ebenfalls fürchtete er, mit den 40 M. nicht auszukommen und er hätte dann wohl noch etwas drauf legen müssen. So steht also die Arbeiterfreundlichkeit mancher Arbeitgeber aus. Erst zahlt man so miserable Löhne und dann werden die Arbeiter zu noch niedrigeren Sätzen in der Krankenkasse versichert. Wie mancher Arbeiter wird auf diese Art und Weise um die paar Pfennige Krankengeld, wie manche Witwe um das nötige Sterbegeld gebracht. Herr Clausen ist diesmal nun nicht so davongekommen, denn er hat die zu wenig gezahlten Beiträge nachzahlen müssen. Der Spaß dürfte nun teurer geworden sein, als wenn er den Fuhrmann, welcher doch verschiedene Jahre bei ihm beschäftigt war, hätte beerdigen lassen. Dies wird ihm jedenfalls eine heilsame Lehre sein und der Unternehmer wird einsehen, daß man die Löhne, auch wenn dieselben noch so niedrig sind, auch bei der Krankenkasse richtig angeben muß.

Dieser Fall zeigt uns wieder, daß es nötig ist, in die verschiedensten Betriebe hineinzulaufen und die Praktiken der Arbeitgeber aufzudecken. Wäre der Kollege nicht im Verbandsrat gewesen, dann hätte sich weder Hund noch Hahn um die Sache bekümmert und der Kollege wäre vom Armenwesen so ohne Sang und Klang eingescharrt worden. So sterben dann Arbeiter, welche ein Menschenalter im Dienste des Kapitalismus gestanden haben. Also Führerlei macht auf, setzt Euch das gute Herz der Arbeitgeber an und stärkt die Organisation, dann werden solche Uebelstände bald zu den Seltenheiten gehören.

Chemnitz. Des Proletariats Ende. In der Chemnitzer Tagespresse lesen wir folgende, durch ihre Kürze ausgereimte Notiz: „Sonntag nachmittag ergränzte sich auf dem Heuboden der Geschäftsführer Kirchhöbel aus Markersdorf. Derselbe war bei der Firma Ruchers Nachf. in Dienst. Der Grund zur Tat ist unbekannt. Kirchhöbel ist Familienvater; er hinterläßt eine Witwe und drei un-mündige Kinder.“

„Der Grund zur Tat ist unbekannt“, ist das wahr? Gewiß nicht. Man will nur, daß der Grund unbekannt bleibe. Auf jeden Fall hat der arme Teufel nicht zum Strick gegriffen, weil er an chronischem Ueberfluß litt, sondern doch nur deswegen, weil es ihm nicht möglich war, seine Familie bei dem Schundlohn auch nur notdürftig durchzuführen. Der weniger Struppellose greift, wenn ihn der Hunger gar zu sehr plagt, schließlich nach fremdem Eigentum, der Kollege wollte nicht zum Dieb werden, und so ergriff er als letztes Rettungsmittel vor der Schande den Strick. Die Verzweiflung im Kampfe ums Dasein hat ihn zu diesem Schritt getrieben. Das ist freilich nicht der rechte Weg zur Befreiung aus dem herrschenden Elend. Sind doch Weib und Kinder erst recht! dadurch in grauenhafte Not gestürzt worden. Wer sein Weib, seine Kinder, seine Familie lieb hat, der greift auch in der größten Not nicht zum Strick, sondern er sorgt bei Zeiten durch Ansehen in die Organisation dafür, daß erträgliche Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Nur ein Mensch, der bestrebt ist, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern seine Lebenslage zu bessern und so seiner Familie Brot zu verschaffen, steht fittlich und moralisch auf der Höhe des menschlichen Wesens.

Das sollten sich alle jene merken, die in unverantwortlicher Gleichgültigkeit und Sammeligkeit es bisher versummt haben, sich ihrem Berufsstande anzuschließen. Auch diesen wird einst als letztes Auskunftsmitel die hanfene Sänfte, wenn sie nicht rechtzeitig für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse Sorge tragen.

Erfurt. Erfolgreiche Organisation. Sollte man es für möglich halten, daß es auf dem Erfurter Güterbahnhofe für die dort beschäftigten Arbeiter kein Trinkwasser gibt? Es ist tatsächlich so. Allerdings soll im Frauenabteil des Aborts Wasser zu haben sein, aber für die Männer ist diese Quelle, abgesehen von ihrer Nützlichkeit, verboten. Der einrige Brunnen auf dem Güterbahnhofe ist in Privatbesitz, er gehört der Firma König und ist nur den Leuten dieser Firma zugänglich. Alle anderen Arbeiter des Bahnhofs sind gezwungen, in die Kantine zu laufen und dort für ihr weniges Geld den Durst zu löschen. Andererseits müssen sie auch mit schmutzigen Händen ihr Essen einnehmen. Da nun viele Arbeiter im Verband der Handels- und Transportarbeiter organisiert sind, wandte sich der Gaukler an die Direktion und an den Präsidenten Todt selbst. Am 21. Juli fandte er die Schreiber und am 18. August hatte man sich endlich entschlossen, dem Ansuchen stattzugeben und zwei Brunnen anzulegen. Es wurde dem Kollegen Martini geschrieben: „In nächster Zeit werden zwei Brunnen angelegt.“ Die „nächste Zeit“ scheint nun für die Direktion ein sehr dehnbarer Begriff zu sein, denn wir haben noch nichts gehört, daß nun schon Brunnen geschaffen wurden. Immerhin haben wir Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit angelegt werden. Man sieht aber wieder: erst auf Drängen der Organisation findet sich der Willkürherrscher Ueberfluß machende Fiskus bereit, notwendige Wünsche der Arbeiterschaft zu erfüllen. Mögen sich alle organisieren, dann werden noch weit größere Uebelstände abgeschafft werden.

Hannau. Die Trauben sind zu sauer. Bei der Handelskammer zu Hannau ist beantragt worden, daß sie wegen Wiedereinführung des Güterabfertigungsschlusses um 7 Uhr bei der Königlichen Eisenbahn-Direktion vorstellig werden möchte. Die Kammer hat darauf geantwortet, daß sie vorläufig davon Abstand nehmen möchte, einen diesbezüglichen Antrag einzureichen, da sie sich von einem Vorgehen dieserhalb z. Z. einen Erfolg nicht verspricht.

Dazu schreibt die „Spezialzeitung“ in der Absicht, die Hannauer Handelskammer doch schließlich noch scharfmachen zu können:

„Sobald sich die Notwendigkeit ergibt, daß die Abschaffung dieser „Maßnahme“ ein dringendes Bedürfnis ist, so sollte die Kammer doch zielbewußt vorgehen, damit die Eisenbahn-Direktion zu erfahren bekommt, wie einschneidend diese „Maßnahme“ wirkt, und nicht solange

jögern, bis die sich einstellenden Ungünstigkeiten immer größer werden.“

Nun, unsere Kollegen werden ebenfalls auf dem Posten sein und den Speditoren den Wunsch schon zu verfallen lassen.

Leipzig. Bezüglich des 6 Uhr-Bahnchlusses sagt die hiesige Handelskammer in ihrem Amtsbericht: „Entsprechend seinem Vorgehen bei der Post zur Herbeiführung eines früheren Schlusses der Paketfahrer beantragt der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu Leipzig bei den hiesigen Betriebsdirektionen 1 und 2 und der Eisenbahndirektion Halle a. S. auch Einführung des 6 Uhr-Güterboden- oder Lutenchlusses anstelle des jetzt bestehenden 7 Uhr-Schlusses. Zur Feststellung der Meinung der beteiligten Geschäftskreise, insbesondere der Speditoren, von der Königlichen Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen veranlaßt, konnte die Kammer auf Grund der ihr zuteil gewordenen Aufschlüsse auch in dieser Neueinrichtung nur eine schwere Schädigung des Leipziger Handels erblicken. Mit dem Wegfall der letzten Abfertigungsstunde würde unvermeidlich die Verzögerung der Beförderung vieler Güter bis auf den nächsten Tag verbunden sein, und ganz besonders fühlbar dürfte dieser Nachteil für Eilgutsendungen werden. Diese müßten daher unbedingt von der Maßnahme ausgenommen werden.“

Auch hier könnte sich besonders der Buchhandel in Folge seiner eigenartigen Verhältnisse mit der beantragten Maßnahme keinesfalls einverstanden erklären; ebensowenig der Kolonialwaren- und Probuktenhandel. Zu berücksichtigen war dabei auch, daß die gegenwärtigen miltärischen Leipziger Bahnhofsvorhältnisse ebenso sehr wie das weite Auseinanderliegen der Güterannahmestellen ein noch größeres Zusammendrängen der Güterabfertigung, wie es unabweisbar die Folge einer verkürzten Geschäftszeit sein müßte, geradezu verbieten.

Es wurde daher aus ähnlichen Gründen, wie auf Seite 51 gegenüber der Post geschehen, den Antrag auf früheren Schlußzeit abzulehnen, bekräftigt. Der von den Geschäftsführern und Kutschern beklagten langen Arbeitszeit muß, wenn die diesbezüglichen Klagen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, nach Ansicht der Kammer in anderer Weise abgeholfen werden.“

Das ist schon so oft wiederholt worden. Aber wer wollte Unternehmer befehlen, solange sie wenigstens vermeiden, auch nur die kleinste Annehmlichkeit bei der Geschichte erleben zu müssen. Der 6 Uhr-Bahnklus wird dennoch Talsache werden, wir lassen nicht eher nach.

Limbad. E. Wir haben vor kurzem die Behandlung geschildert, welche die bei der Speditionen- und Kohlenfirma Köhlers Nachf. tätigen Geschäftsführer seitens des dortigen Produzenten Simon zu erleben hatten. Unsere wahrheitsgemäße Schilderung ist dem genannten Herrn so zu Kopfe gestiegen, daß er von seiner Brinjalpallin die Maßregelung eines Geschäftsführers erzwang, in dem er den Veranlasser unserer Notiz vermutete. Natürlich ist, wie immer in solchen Fällen, ein Unschuldiger von der Entlassung betroffen worden. Dadurch wurden aber die Mitarbeiter des betreffenden Kollegen ausgetrieben und traten nunmehr ausnahmslos dem Verband bei. Herr Simon hat also das genaue Gegenteil seiner Arbeit erreicht. Andererseits wird sich die Limbacher Arbeiterschaft derartiges, wie wir sie kennen, nicht gefallen lassen. Die Arbeiterschaft wird in Zukunft ihre Kopfen von Firmen beziehen, die nicht Unschuldigen maßregeln. Dann braucht die Firma wahrscheinlich auch keinen Produzenten mehr.

Middelsdorf. Wie man uns behandelt. Die Speditionsfirma Krappe beantragte am 8. September d. Js. ihren Geschäftsführer N. auf der Rückwege Aue zu mächen. Die Sonne brannte an genanntem Tage gehörig vom Himmel und da war es kein Wunder, daß N. bei seiner Arbeit Durst bekam. Zur Weisepzeit ging er nun nach dem 3 Minuten entfernten Dorfe, um ein Glas Bier zu trinken. Zu derselben Zeit kam Krappe sein, auf das er traf und traf nun dort den Geschäftsführer nicht an. Als N. kam, wurde er zur Rede gestellt und ihm gesagt, er habe auf dem Plage zu bleiben und nicht fortzulaufen. Als aber N. erwiderte, er habe bloß seinen Durst gestillt, wurde ihm gefündigt. Am Sonntag, als es Lohn gab, sagte Herr Krappe Jun., N. solle dem Alten A b b i t t e leisten. Diese Zumutung war aber dem Kollegen doch zu arg. Solches Verlangen wagen die Unternehmer allerdings nur dort zu stellen, wo die Geschäftsführer seiner Organisation angehören. Wer sich nicht als Knecht behandeln lassen will, der muß sich organisieren, seinem Berufsverbande anschließen.

Saalfeld. Eine eigenartige Beschäftigung hatten hiesige Bahnhilfsbeamte während der Unmützzeit erhalten. Sie spielten bei den hiesigen Speditionsfirmen S. M a e m p e l und Fr ü h a u f Möbeltransporteure. Die Kutscher führen nur die Möbelwagen an Ort und Stelle und das Ein- und Ausladen besorgen die Eisenbahner. Letztere haben natürlich auch die Tringelber eingestreckt. Nicht etwa, daß unsere Kollegen den armen Teufeln die paar lumpigen Groschen nicht gönnten, im Gegenteil, wir müssen aber vom Staate verlangen, daß er seine „Beamten“ so entlohnt, daß diese es nicht notwendig haben, den Transportarbeiter die Arbeit vor der Nase wegzufressen. Es ist Vorfrage getroffen, daß die Eisenbahndirektion Erfurt von diesem Vorkommnis in Kenntnis gesetzt wird. Hilft das nicht, dann werden wir im preussischen Abgeordnetenhaus mal den Herrn Eisenbahnminister Wubbe befragen lassen, wie er sich zu dieser Sache eigentlich stellt. Die Sicherheit des Bahndienstes erlaubt es nicht, daß Bahnangestellte etwa bei Nacht im Bahndienst und am Tage bei den Speditoren als Möbeltransportarbeiter tätig sein können.

Witten i. d. M. Der Kampf dauert hier noch unverändert fort. Die Unternehmer haben zum zweitenmale eine Unterhandlung durch Vermittlung des Herrn Landrats von Wilms abgelehnt. Die Streitenden hatten, um eine Verhandlung zu ermöglichen, ihre Forderungen auf die Hälfte reduziert, um so die Herstellung des Friedens zu ermöglichen. Alles umsonst. Die Unternehmer lehnen jede Kobnerhöhung, jedes Entgegenkommen ab. So wurde denn am 18. Oktober beschlossen, den

Kampf so lange weiter zu führen, bis sich die Unternehmern, getrieben durch die Verhältnisse, zu Konzessionen bequemen.

Walsenried. Der Fuhrmann H. Str. hier ist von der I. Strafkammer des Herzoglichen Landgerichts in Braunshweig wegen im wiederholten Rückfälle begangenen Diebstahls an Holz im Werte von 15 Pfennigen unter Annahme mildernden Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre verurteilt worden.

Der Sachverhalt ist folgender: Am 27. Juni 1903 begab sich Str. mit einem Wagen nach dem Forstorte Kesselberg des Forstamtsbezirks Hohegeß, um dort eine Anzahl von seinem Arbeitgeber Hadelberg aus Elrich gestauten Fichten-Dorflangen abzufahren. Neben der Metzgerbank Hadelbergs, in geringer Entfernung, befand sich eine Bank Fichten-Reiserknüppel, die wie Angelegter wurde, wobei ihm noch Hadelberg, sondern der Herzoglichen Forstverwaltung gehörte. Von letzterer Bank nahm nun Angelegter, als er mit seinem mit Hantelnüppeln beladenen Wagen abfuhr, einige Arme voll Reiserknüppel, auf die Angelegter demwidermaßen kein Recht hatte, mit, um sie für sich zu behalten und zu verwerten. Der Wert der gestohlenen Reiserknüppel beträgt etwa 15 Pf. Die Knüppel waren forstmäßig hergerichtet. Nach diesen Feststellungen ist Angelegter trotz seines Leugnens schuldig; am 27. Juni 1903 im Forstorte Kesselberg einem Andern fremde bewegliche Sachen in der Wäldt rechtswidriger Zueignung weggenommen und diesen einfachen Diebstahl begangen zu haben, nachdem er im Zolande wegen Diebstahls bestraft war und wegen darnach begangenen Diebstahls, innerhalb der letzten 10 Jahre, Strafe erlitten hatte.

Bei dem geringen Wert des gestohlenen Objekts sind dem Angelegten mildernde Umstände zugebilligt und Strafprozeduren der Verhütung der Vorläufe des Angelegten und seines diebstahligen Hanges (Zit Reptomanie nicht eine Krankheit? D. R.) eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten am Plage.

Wegen der vom Angelegten bei Begehung der Tat begangenen Verletzung sind ihm nach § 32 R. St. G. B. die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt.

Wir erlauben uns an diesem Urteile keine Kritik, Sie könnte ja nur abschwächend auf die Tatsachen wirken.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Uffenburg. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 28. September in Kauernord zwecks Herangehung der in der Aktien-Braueret tätigen Kollegen statt. Der Referent berichtete über die traurigen Arbeitsverhältnisse, wie sie bei genannter Firma bestehen, und forderte schließlich die Anwesenden auf, sämtlich unserem Verbands beizutreten. In der regen Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß entgegen der geschlichen Bestimmungen bei den kleinsten Verleschen Strafen von 50 Pf. bis zu 3 Mt. erhoben werden. Nach einem anseuernden Schlußwort des Referenten traten 9 Kollegen dem Verbands bei.

Uffenburg. Am Sonntag, den 11. Oktober, fand unsere Generalversammlung statt. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab folgendes Resultat:

Alter Kassenbestand	404,03 Mt.
Einnahmen	171,20
Ausgaben	644,48
Kassenbestand	507,31 Mt.

Den ausgesperrten Territarbeitern in Grimmlschau wurden 20 Mt. als Unterstützung überwiesen. Punkt 5: Wie agilitieren wir in Zukunft? rief eine lebhafter Diskussion hervor, in welcher unbeschreibliche Mißstände einzelner Betriebe, besonders aber von dem der Aktien-Braueret, ans Tageslicht gefördert wurden. Um diese Zustände möglichst bald zu beseitigen, soll in nächster Zeit eine Hausagitation vorgenommen werden. Man hofft dadurch, die uns noch fernstehenden Kollegen eher der Organisation zuzuführen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Walt Wilhelmshafen. In der Versammlung am 18. September referierte unser Gauleiter über die Lage der Drofchenfischer. Die trefflichen Ausführungen wirkten auf die Kollegen so überzeugend, daß sofort acht Mann unserem Verbands als Mitglieder beitraten. Hoffentlich werden auch die noch fernstehenden Kollegen bald zur Erkenntnis kommen, daß sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur mit Hilfe einer guten Organisation erzielen lassen.

Berlin. Eine Versammlung der auf den Blägen der Dresdener Bahn beschäftigten Kohlenarbeiter u. d. Ruffcher tagte am Sonntag, den 27. September. Der Referent schloß in einleitender Weise die gegenwärtige Geschäftslage sowie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kohlenhandlungen. Die Unternehmer haben sich die Zeit der Krise zunutze gemacht und überall die Löhne der Arbeiter herabgedrückt und die Arbeitszeit hinaufgefrst, was ihnen bei der U-einigkeit der Arbeiter nicht schwer wurde. Es sei dahz dringend notwendig, daß die Kollegen sich endlich aufrufen und dem Verbands beitreten, damit endlich bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Folgende Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen:

„Die heute bei Gohmann versammelten Kohlenarbeiter und Ruffcher sind mit dem Referenten dahin einverstanden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse angesichts der physisch schmerzlichen Arbeit dringend eine Aufbesserung bedürfen.“

Die Versammelten sind sich aber bewußt, wenn dieses erreicht werden soll, daß es dann unbedingt nötig ist, die Organisation auszubauen. Daher verpflichten sich alle Anwesenden, ihre ganze Kraft ein-

zusetzen, daß sich sämtliche Kollegen dem Verbands anschließen.

Gleichzeitig soll dafür Sorge getragen werden, daß auf allen Blägen Vertrauensmänner ernannt werden.“

Eine große Anzahl Kollegen ließ sich in den Verbands aufnehmen.

Emden. Eine öffentliche Versammlung aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Personen war zum 18. Oktober einberufen und von zirka 60 Personen besucht. Kollege Tsch-Bremen behandelte in seinem etwa 1 1/2 stündigen Vortrag das Thema: Welche Vorteile bietet uns die gewerkschaftliche Organisation? und sagte etwa folgendes:

Schon die vorige Versammlung führte uns die Ursache und den Zweck unserer Organisation vor Augen, so daß das heutige Referat gleichsam Fortsetzung und Schluß des neulich gehaltenen Vortrages sein könnte. Redner schildert in anschaulicher Weise die Größe der englischen Maschinenbauer, der deutschen Buchdrucker, Metallarbeiter und anderer Berufsorganisationen, wie dieselben durch feste Organe, mit den Arbeitgebern vereinbarte Tarife stets zum Besten ihrer Verbandsangehörigen gewirkt hätten und noch tun. Ferner, wie die großen und tatkräftigen Gewerkschaften nicht nur ihre eigenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert hätten, sondern auch in besser Weise auf die geschehenden Körperkassen usw. einzumirken versuchten resp. schon getan hätten. Daß unsere junge Organisation trotz ihres jungen Bestehens bereits die schönsten Erfolge zu verzeichnen hätte, bewies Redner an verschiedenen Beispielen, wie die wöchentliche Lohnerhöhung von 3 Mt. der Ruffcher von Westfalen in Thüringen, die verschiedenen Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Kohlenarbeiter, die verschiedenen Straßenbahnerbewegungen u. a. m. Einige Beispiele von Breslau und Hamburg bewiesen den Zuhörern, daß auch eine Polizeibehörde nicht allgemalig ist und sich den Wünschen und Beschlüssen einer geeinten, straffen Arbeiterorganisation zu fügen habe. Redner führte ferner aus, daß die modernen Verbands nicht nur durch Streiks und Aussperrungen die Lage ihrer Angehörigen zu heben da seien, sondern sich allen Vorkommnissen des Lebens anpassen und ihre Mitglieder in allen Notlagen tatkräftig zur Seite ständen und daß unser Verbands in der kurzen Zeit seines Bestehens für diese verschiedenen Zwecke bereits die respektable Summe von über 230 000 Mt. verausgabt habe. Aus all dem Gehörten erwachte jedem denkenden Kollegen die heilige moralische Pflicht, dem Verbands beizutreten und dadurch die Reihen der kämpfenden Brüder zu mehren und zu stärken, dann, aber auch nur dann, wenn Alle ihrer Pflicht genügen, könnten für die Emdener Kollegen bessere menschenwürdige Zustände geschaffen werden und darum fordere er die Anwesenden, nochmals auf: Organisiert Euch, hinein in den Verbands. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Worte.

In der nun folgenden Diskussion beleuchteten verschiedene Redner die wahrhaft erschreckenden Zustände der hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie die Behandlung durch die verschiedenen nachhaberschen Arbeitgeber. Ein Kollege schilderte die bei der Emdener Heirats-fürsicher herrschenden Entlohnungen der 14-16 jährigen Jungen, wie man denselben neben einem Lohn von 3 bis 4 50 Mt. pro Woche eine Behandlung zu teil werden läßt, die manches Weib nicht zu erdulden hat. Die Arbeit der Frauen, die selbige stets unter freiem Himmel zu machen hätten, würde stets bis 11 1/2 Uhr mittags ausgedehnt und auf das körperliche Wohlbefinden der verheirateten Frauen nimmt außer den eigenen Lebens-gefährdungen kein Mensch die geringste Rücksicht. Noch manderlei rigorose Mißstände wurden hierbei aufgedeckt und fand nachgehende Resolution daher ungeteilt Aufnahme:

„Die heute versammelten Arbeiter des Handels-, Transport- und Verlehrsverlehs beschließen, angesichts der vielfachen vorhandenen Mißstände in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen von Emden, ferner mit Hinsicht darauf, daß die U-beierschaft nur durch sich selbst auf eine bessere soziale Lebenslage gehoben werden kann mit aller Energie für Hebung und Verbreitung des Organisationsgedankens einzutreten und unablässig bemüht zu sein, dem Verbands stets und immer neue Mitglieder anzuführen.“

Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Tsch und nachdem wieder verchiedene Kollegen dem Verbands beizutreten, schloß der Vorsitzende die äußerst interessant verlaufene Versammlung.

Jena. Am 11. Oktober sprach der Gauleiter in unserer Versammlung. Der Redner trifferte insbesondere die mangelhaften Schutzvorrichtungen in den Fabrikbetrieben. Dieselben Verhältnisse hätte auch der Kollege Lonnhorst seinen Lob zu verbanen. Die Unfallversicherungsgesetzgebung schätze den Arbeiter viel zu wenig. Da die Arbeiterkassen blutig seien, wollen die Unternehmer kein Geld für Schutzvorrichtungen ausgeben. Die Arbeiter werden auch in ihrer Beziehung erst etwas erreichen, wenn sie sich stramm organisieren. Der Referent fand großen Beifall. In der Diskussion wurden die Kollegen aufgefordert, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und für den Verbands fleißig Mitglieder zu werben.

Niederselth. Eine öffentliche Versammlung für Ruffcher und Martbelfer fand am Samstag, den 19. September im Restaurant zur Raube statt. Kollege Otto Robbt-Dresden sprach über: Der steigende Einfluß der Gewerkschaften. Der Referent ging auf unsere Berufsverhältnisse näher ein und betonte, daß von anderen Gewerkschaften die Ruffcher und Martbelfer als nicht organisationsfähig über die Achsel angesehen wurden. Unsere Organisation hat in der Zeit der wirtschaftlichen Krise schwer zu kämpfen gehabt, doch ist diese Krise siegreich überstanden. In der Ortsverwaltung Dresden sind jetzt über 1500 Kollegen organisiert. Auch gegenüber den Arbeitgebern gelinat es mehr und mehr, uns Anerkennung zu verschaffen. Auf Grund mehrerer Verträge bewies der Referent, daß wir überall bemüht sind, den Kollegen bessere Arbeitsverhältnisse zu verschaffen und es ist bei

einem erheblichen Teile bereits gelungen. Der Referent forderte alsdann die Kollegen auf, dahin zu wirken, daß überall Gewerkschaften errichtet werden. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt besitzt z. B. ein solches, während die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt noch keine errichtet hat. Im Gemeindefachlichen ersucht Kollege Robbt die Anwesenden, alle Mißstände bekannt zu geben. Kollege Nepler erstattet nach dem Bericht über die Versammlung des Gemeindefachlichen Kartells Mügeln. Dort soll eine Berufszählung vorgenommen werden und müssen sich alle Kollegen beteiligen und für ein gutes Ergebnis Sorge tragen.

Blauenfcher Grund. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, daß unsere Versammlungen in Zukunft jeden dritten Sonntag im Monat im Gasthose zum deutschen Haus stattfinden.

Zehlendorf. Am Sonntag, den 11. Oktober, fand hier eine Versammlung unserer Berufskollegen statt. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat wurde der Roll, Julius Gottberg zum Bevollmächtigten, der Kollege Franz Geise zum Revisor und der Kollege August Broach zum Schriftführer gewählt. Vor Schluß der Versammlung wurde noch darauf hingewiesen, daß die Zusammenkünfte regelmäßig jeden Sonntag vor dem 15. eines jeden Monats, nachmittags 8 Uhr, bei Geise, Zeitowertstraße 23, stattfinden.

Literarisches.

Der allgemeine Möbeltransportkalendar für 1904 ist soeben im Verlage des „Führhaher“, Berlin, Wichthorst. 19, erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Gebühnheiten und Gebrauche im Berliner Expeditionsgeschäft. Die bestehenden handelsgesetzlichen Bestimmungen über das Expeditionsgeschäft. Tabelle zur Berechnung der Preise für Möbelwagen ohne Umladung, Frachtsätze. Verzeichnis der Möbeltransporteure. Unternehmervereinigungen usw. Das Büchlein dürfte unseren im Möbeltransportweie beschäftigten Kollegen sehr von Nutzen sein und können wir bei dem verhältnismäßig billigen Preise, 1,50 Mt. pro Exemplar, dessen Anschaffung nur empfehlen.

Mitteilungen des Zentralvorstandes.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei Angabe der Mitgliederzahl nicht nur die neueitretenden, sondern auch die aus anderen Verbands übergetretenen Mitglieder aufzuführen, um so eine genaue Ueberzucht zu ermöglichen. Verwaltungen, welche etwa im Besitze überflüssiger Statutennachträge sind, werden ersucht, diese an die Zentralleitung zurückzusenden.

Die Abrechnung des 3. Quartals bitten wir möglichst zu beschleunigen.

Unsere neue Telefon-Nr. ist Amt IV, 950.

Mit kollegialem Gruß
Der Zentral-Vorstand.
J. A. Oswald Schumann, Berlin S.O.,
Engel-Ufer 21, I.

NB. Alle den Verbands und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Karl Raßler, Berlin S.O., Engel-Ufer 21, einzusenden.

Charlottenburg.

Das Auskunftsbiureau der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission ist von der Bismarckstraße nach der Wohnung des Genossen Franz Jost, Wallstr. 68, verlegt. Die Mitglieder werden ersucht, gegebenen Falles von dieser Adressenveränderung Kenntnis zu nehmen.

Stralsund.

Vom 1. Oktober ab befindet sich unser Gewerkschaftshaus in den eigenen Räumen Frankendamm 33. „Vorwärts“ und sämtliche für Stralsund in Betracht kommende Gewerkschaftsblätter liegen aus.

Achtung! Bevollmächtigte und Gauleiter!

Wir bitten auf folgende Notiz zu achten und überall ein wachsames Auge auf die Fabrikate der Firma v. Gieken zu werfen:

Achtung, Tabaksmaschinen und Bader! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakfirma A. W. von Gieken, Hamburg, Hohenstauffen 95, legen wegen fortgesetzter Misshandlung die Arbeit nieder. Die Isarelang bei der Firma beschäftigt waren, wurden entlassen, ohne daß eine Betriebs-einschränkung vorgenommen wurde. Die Firma besitzt auswärts Zweigfabriken, und werden die Arbeiter ersucht, sich nicht nach Hamburg locken zu lassen. Zugang ist streng fernzubalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Die Ortsverwaltung Hamburg.

Etterbetafel des Verbands.

Gestorben sind:

In Berlin die Kollegen Gust. Köhler, Max Köhler, Otto Wotfch sen. und Rudolf Köhler.

In Breslau die Kollegen Ernst Kramer und Hermann Geiß.

In Eberfeld die Kollegen Peter Weigel und H. Marzoff.

In Köln a. Rh. die Kollegen Jakob Grau und Peter Hamm.

Ehre Ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.